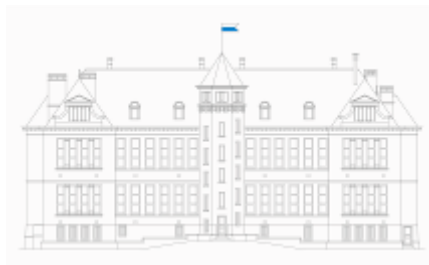


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Inhaltsverzeichnis

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament.....	6
Kommissionsinitiative zur Verschlinkung europäischer Vorgaben.....	6
Staatsministerium des Innern .....	7
Asyl und Migration .....	7
EuGH: Keine visumfreie Einreise für türkische Staatsbürger zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen	7
Kommunale Angelegenheiten .....	7
Kommission sucht „Hauptstadt der Innovation“ .....	7
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Kroatien lenkt im Streit über die Umsetzung des Europäischen Haftbefehls ein .....	8
EuGH: Bahnreisende haben auch bei Verspätung aufgrund höherer Gewalt Anspruch auf (Teil)Erstattung des Fahrpreises .....	8
Staatsministerium der Finanzen .....	9
Formelle Verabschiedung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum verzögert sich.....	9
Klage des Vereinigten Königreiches gegen die Begrenzung von Bankerboni .....	9
Ausblick auf die Sitzung des Europäischen Rates (ER) am 24./25.10.2013 .....	9
Mitteilung der Kommission zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion.	10
Diskussionen über die Änderung der Methode zur Berechnung der strukturellen Haushaltsdefizite .....	10
Troika unterbricht Mission in Griechenland .....	11
Abschluss der vierten Troika-Mission in Spanien.....	11
Mitteilung zur Förderung von Innovation und digitalen Kompetenzen in Schulen und Hochschulen .....	11
Studie zur Mehrwertsteuerlücke in der EU .....	12
Kommissionsvorschlag zur zweiten Tranche des Berichtigungshaushalts zum EU-Haushalt 2013.....	12
Kommissionsvorschlag zur Unterstützung von Deutschland, Österreich und Tschechien nach der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013.....	13
EU-Haushalt .....	13
Haushaltsausschuss des EP lehnt Ratsposition zum EU-Haushalt 2014 ab.....	13
Kommission legt Bericht zum Schutz des EU-Haushalts bis Ende 2012 vor .....	14
Kommissionsmitteilung zur Vereinfachung des EU-Rechts„REFIT - Fit für Wachstum“.....	14
Allgemeine Ausrichtung zur Regulierung von Zentralverwahrern bei Wertpapiergeschäften .....	15
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie .....	15
Wirtschaft mit Binnenmarkt und Industrie .....	15
Formelle Verabschiedung der gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum verzögert sich.....	15
Klage des Vereinigten Königreiches gegen die Begrenzung von Bankerboni .....	16



Allgemeine Ausrichtung zur Regulierung von Zentralverwahrern bei Wertpapiergeschäften.....	16
Mitteilung der Kommission zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs.....	16
Rat diskutiert Stand der Dinge zur künftigen Kohäsionspolitik.....	17
Kommission legt Bericht zum EU-Haushaltsschutz bis Ende 2012 vor – Fehlerquote bei deutscher Kohäsionspolitik gering.....	17
Rat für Wettbewerbsfähigkeit beschäftigt sich mit europäischer Industrie und Bedürfnissen von KMU...	18
Zwei Berichte zur industriellen Wettbewerbsfähigkeit der EU.....	18
Konsultation zum „crowdfunding“ .....	19
Konsultation zum Aktionsplan für umweltfreundliche KMU .....	19
Europäische Innovationspartnerschaft stellt Rohstoff-Masterplan vor .....	19
Außenwirtschaft.....	20
Kommission veröffentlicht Text des Freihandelsabkommens mit Singapur .....	20
Vorläufiges Inkrafttreten der Handelsvorschriften des Assoziierungsabkommens mit Costa Rica und El Salvador.....	20
Energie .....	20
Öffentliche Konsultation zur Energiekennzeichnungs- und Ökodesign-Richtlinie.....	20
Verkehr .....	21
EP-Verkehrsausschuss lehnt neue Regelungen für Flugdienstzeiten ab .....	21
EuGH: Bahnreisende haben nach Verspätung auch bei höherer Gewalt Anspruch auf (Teil-)Erstattung des Fahrpreises.....	21
Kommission legt NAIADES-II-Programm zur Binnenschiffahrtförderung vor.....	21
Technologie und Innovation .....	22
Rat für Wettbewerbsfähigkeit zum Thema Innovation und Forschung .....	22
Erster Fortschrittsbericht zum Europäischen Forschungsraum .....	22
Sonstiges .....	23
Kommissionsmitteilung zur Vereinfachung des EU-Rechts „REFIT - Fit für Wachstum“.....	23
Kommission genehmigt Übernahme des Kabelnetzbetreibers Kabel Deutschland durch Vodafone .....	23
Mitteilung der Kommission zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion .....	24
Kommissionsvorschlag zur Unterstützung von Deutschland, Österreich und Tschechien nach der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013.....	24
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	25
Politische Einigung zu offenen Fragen der GAP-Reform.....	25
EP-AGRI-Ausschuss nimmt GAP-Reform an.....	25
Ergebnisse des Agrarrats am 23.09.2013 in Brüssel .....	26
Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft des Milchsektors am 24.09.2013 in Brüssel.....	26
Kommission legt neue EU-Forststrategie vor .....	27
EuRH kritisiert Beihilfen zur „Verbesserung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder“ .....	28



Kommission: Fünf Mitgliedstaaten überschreiten Milchquote für 2012/2013.....	28
Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Konsultation zum ökologischen Landbau .....	29
EU und FAO stellen 60 Mio. € zur Erfüllung des Millennium-Entwicklungsziels „Hunger“ bereit.....	29
Kommission veröffentlicht Blaupause für die forstbasierte Industrie.....	29
REFIT – Kommission stellt Programm zur Deregulierung vor.....	30
GVO: EFSA lehnt Anbauverbote von MON810-Mais in Italien und Luxemburg als unbegründet ab .....	30
<b>Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen .....</b>	<b>31</b>
Mitteilung der Kommission zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion .....	31
Mitteilung der Kommission zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs.....	31
Abstimmung im ENVI-Ausschuss zu Medizinprodukten und In-vitro-Diagnostika – Maßnahmen der Kommission zur Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten .....	32
Studie von Eurofound zur häuslichen Pflege in Europa .....	32
Jüngster Quartalsbericht der Kommission bestätigt anhaltendes Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten.....	33
Arbeitslosenquote des Euroraumes im August bei 12 % .....	33
Kommission legt Bericht zum EU-Haushaltsschutz bis Ende 2012 vor – Fehlerquote bei deutscher Kohäsionspolitik gering.....	33
<b>Staatsministerium für Unterricht und Kultus.....</b>	<b>34</b>
Kommissionsinitiative „Die Bildung öffnen“: Innovatives Lehren und Lernen durch digitale Technologien und frei nutzbare Materialien .....	34
Kommission läutet Überprüfung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs in den Mitgliedstaaten ein .....	34
<b>Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....</b>	<b>35</b>
Erster Fortschrittsbericht zum Europäischen Forschungsraum .....	35
Wettbewerbsfähigkeitsrat am 26./27.09.2013: Ergebnisse aus dem Geschäftsbereich des StMWFK.....	36
Kommissionsinitiative „Die Bildung öffnen“: Innovatives Lehren und Lernen durch digitale Technologien und frei nutzbare Materialien .....	36
Europäischer Forschungsrat vergibt „Advanced Grants“ .....	37
<b>Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.....</b>	<b>37</b>
REFIT – Kommission stellt Programm zur Deregulierung vor.....	37
Kommissionsvorschlag zur Unterstützung von Deutschland, Österreich und Tschechien nach der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013.....	38
Kommission legt neue EU-Forststrategie vor .....	38
Europäische Innovationspartnerschaft stellt Rohstoff-Masterplan vor .....	38
GVO: EFSA lehnt Anbauverbote von MON810-Mais in Italien und Luxemburg als unbegründet ab .....	39
Konsultation zum Aktionsplan für umweltfreundliche KMU .....	39
EuGH-Entscheidung zum Begriff der Familienleistung .....	39
Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Konsultation zum ökologischen Landbau .....	40



ENVI-Ausschuss stimmte für die Verordnungsvorschläge über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika .....	40
Kommission: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten .....	40
IuK- und Medienpolitik .....	41
Frankreich will US-Internetkonzerne stärker zur Kasse bitten .....	41
Informeller Medienministerrat in Wilna: Mitgliedstaaten gegen neue Kompetenzen für die EU im Medienrecht .....	41
Kommission genehmigt Übernahme des Kabelnetzbetreibers Kabel Deutschland durch Vodafone .....	42
Kommission veröffentlicht Aktionsplan zur Förderung von Innovation und digitalen Kompetenzen in Schulen und Hochschulen .....	42



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

---

### KOMMISSIONSINITIATIVE ZUR VERSCHLANKUNG EUROPÄISCHER VORGABEN

Die Kommission hat am 02.10.2013 ihre jährliche Mitteilung zum Thema „Bessere Rechtsetzung“ angenommen. Gemäß dem von Präsident *José Manuel Barroso* am 11.09.2013 in der Rede zur Lage der EU (EB 15/13) betonten Bekenntnis zu Subsidiarität („die EU muss groß bei großen Fragen und kleiner bei kleinen Fragen handeln“) liegt der Schwerpunkt auf Überlegungen zur Reduzierung und Vereinfachung von EU-Rechtsvorschriften („Regulatory Fitness and Performance Programme – REFIT“). Künftig will die Kommission jährlich in einem sog. „REFIT Scoreboard“ über die Fortschritte des neuen Programms berichten. Gleichzeitig weist sie auf Erfolge der Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung in den vergangenen zehn Jahren hin. Von 2007 bis 2010 seien die administrativen Lasten für Unternehmen um 26 % reduziert worden, was eine Entlastung um 32,3 Mrd. € jährlich bedeute. Die Mitteilung listet zahlreiche Vereinfachungsvorhaben auf, darunter bereits vorgelegte Vereinfachungsvorschläge (die teilweise erhebliche inhaltliche Änderungen enthalten, u.a. zur Berufsanerkennungsrichtlinie, das Vergabepaket, die Datenschutzreform, die Fischereireform, die Tachographenverordnung und die Revision der UVP-Richtlinie), geplante neue Initiativen zur Vereinfachung und Konsolidierung von Rechtsakten (z. B. Kodifizierung der acht Richtlinien zum Gesellschaftsrecht und Reform der Beihilferegeln im Agrarsektor), Ankündigungen der Rücknahme von Vorschlägen (z. B. Richtlinie über den Zugang zu Gericht in Umweltangelegenheiten, Richtlinie über Patienteninformationen bei verschreibungspflichtigen Medikamenten und Verordnung zur Europäischen Privatgesellschaft sowie Prüfung der möglichen Rücknahme des Vorschlags für eine Bodenschutzrahmenrichtlinie) und „Fitness-Check“ von knapp 50 Rechtsakten, um zu prüfen, ob sie zum Abbau von Verwaltungslasten und –kosten beitragen können (dies soll u. a. Natura 2000 (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie), die EU-Abfallrichtlinien, die EU-Vorschriften zum Umgebungslärm, die Umwelthaftungsrichtlinie, die Vorschriften zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, das EU-Lebensmittelrecht, die Richtlinie über Erneuerbare Energien und die Tunnelsicherheitsrichtlinie betreffen.

Pressemitteilung mit Links zu weiteren Informationen und zum Mitteilungstext:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-891\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-891_de.htm)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN

### ASYL UND MIGRATION

#### **EUGH: KEINE VISUMFREIE EINREISE FÜR TÜRKISCHE STAATSBÜRGER ZUR INANSPRUCHNAHME VON DIENSTLEISTUNGEN**

Der EuGH kommt in einem Urteil vom 24.09.2013 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens (Rs. C-221/11 - „Demirkan“) zu dem Schluss, dass sich türkische Staatsangehörige nicht auf die sog. passive Dienstleistungsfreiheit berufen können, um visumfrei in die EU einreisen zu können. Im Unterschied zu den Unionsverträgen, die den EU-Bürgern das generelle Recht auf Freizügigkeit garantierten, würden mit dem Assoziierungsabkommen mit der Türkei ausschließlich wirtschaftliche Zwecke verfolgt. Mangels einer ausdrücklichen Regelung könne daher nicht davon ausgegangen werden, dass das Abkommen einen so sensiblen Bereich wie die Freizügigkeit zwischen der Türkei und der EU derart weitgehend beeinflussen wollte.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=142081&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=393583>

### KOMMUNALE ANGELEGENHEITEN

#### **KOMMISSION SUCHT „HAUPTSTADT DER INNOVATION“**

Die Kommission hat am 03.09.2013 den Startschuss für die Suche nach der ersten europäischen Innovationshauptstadt gegeben (sog. „iCapital“). Mit einem Preisgeld in Höhe von 500.000 € soll die Stadt ausgezeichnet werden, die das beste „Innovations-Ökosystem“ aufbaut, welches Bürger, öffentliche Stellen, Hochschulen und Unternehmen miteinander vernetzt. Als Bewerber kommen Städte aller EU-Mitgliedstaaten mit über 100.000 Einwohnern sowie Initiativen in Betracht, die es bereits seit mindestens 01.01.2010 gibt. Die Antragsfrist endet am 03.12.2013, die Preisvergabe soll Anfang 2014 erfolgen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-808\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-808_de.htm)

Weitere Informationen zur Auszeichnung und zu den Teilnahmebedingungen abrufbar unter (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index\\_en.cfm?section=icapital](http://ec.europa.eu/research/innovation-union/index_en.cfm?section=icapital)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

---

### KROATIEN LENKT IM STREIT ÜBER DIE UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN HAFTBEFEHLS EIN

Der Konflikt zwischen dem neuen EU-Mitglied Kroatien und der EU scheint sich zu entschärfen. Bei einem Treffen zwischen Justizkommissarin und Kommissionsvizepräsidenten *Viviane Reding* und dem kroatischen Justizminister *Orsat Miljenić* am 25.09.2013 in Brüssel sicherte *Miljenić* zu, dass Kroatien unverzüglich alle erforderlichen Schritte einleiten werde, um das kroatische Gesetz zur Umsetzung des Europäischen Haftbefehls (EuHB) rasch und bedingungslos mit den EU-Bestimmungen in Einklang zu bringen. „Die Änderung wird so schnell wie möglich in Kraft treten, spätestens am 01.01.2014“, so versprach *Miljenić*. Nach Angaben *Redings* wird das Sanktionsverfahren gegen Kroatien trotz der neuerlichen Zusage von *Miljenić*, die zeitliche Beschränkung zu streichen, noch nicht ausgesetzt. Die Kommission werde die weitere Entwicklung genau beobachten und erst dann, wenn das neue Gesetz erlassen ist, bewerten, ob das geänderte Gesetz in Einklang mit dem Rahmenbeschluss über den EuHB steht.

Pressemitteilung der Kommission zum Treffen der Justizkommissarin *Reding* mit Justizminister *Miljenić* in Brüssel am 25.09.2013:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-824\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-824_en.htm?locale=en)

### EUGH: BAHNREISENDE HABEN AUCH BEI VERSPÄTUNG AUFGRUND HÖHERER GEWALT ANSPRUCH AUF (TEIL)ERSTATTUNG DES FAHRPREISES

Mit Urteil vom 26.09.2013 hat der EuGH entschieden, dass höhere Gewalt Bahngesellschaften nicht berechtigt, eine (teilweise) Fahrpreisrückerstattung für daraus resultierende erhebliche Verspätungen zu verweigern. Eine analoge Anwendung der Haftungsausschlussgründe aus den Verordnungen für Passagiere im Flug-, Schiffs-, und Kraftomnibusverkehr lehnt der EuGH ab, da es an einer Vergleichbarkeit der Beförderungsformen hinsichtlich ihrer Nutzungsbedingungen fehle.

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130119de.pdf>

Urteil des EuGH in deutscher Sprache:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=142215&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=838082>





## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN

---

### **FORMELLE VERABSCHIEDUNG DER GEMEINSAMEN BANKENAUF SICHT IM EURORAUM VERZÖGERT SICH**

Die formelle Annahme der Legislativtexte zur Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum verzögert sich. Hintergrund ist eine Intervention des Vereinigten Königreiches. Dieses teilte in der AStV-Sitzung am 25.09. mit, dass es den Legislativtexten noch nicht zustimmen könne und legte einen Parlamentsvorbehalt ein. Ein Untersuchungsausschuss des britischen Parlaments habe mit Blick auf die zwischen dem EP und der EZB ausgehandelte interinstitutionelle Vereinbarung über die Rechenschaftspflicht der gemeinsamen Bankenaufsicht um eine nochmalige Überprüfung der Texte gebeten. Ohne die formale Annahme durch den Rat können die beiden Verordnungen zur Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht nicht in Kraft treten. Möglicherweise wird das Thema auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 15.10.2013 stehen. Ob die gemeinsame Bankenaufsicht dann angenommen werden kann, ist allerdings noch unklar.

### **KLAGE DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHES GEGEN DIE BEGRENZUNG VON BANKERBONI**

Das Vereinigte Königreich hat am 20.09.2013 wegen der im Basel III-Regelwerk vorgesehenen Begrenzung von Bankerboni Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erhoben. Kernelement von Basel III sind höhere Eigenkapitalanforderungen. Daneben wurden auf Druck des EP hin im Rahmen von Basel III Bonuszahlungen für Bankmitarbeiter grundsätzlich auf 100 % des Grundgehalts begrenzt. Die Anteilseigner haben allerdings unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, die Boni davon abweichend auf 200 % des Grundgehalts zu begrenzen. Der Rat hat das Basel III-Regelwerk am 20.06.2013 – gegen die Stimme des Vereinigten Königreiches – nur mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet.

Informationsseite des EuGH zur Rechtssache C-507/13:

<http://curia.europa.eu/juris/fiche>

### **AUSBLICK AUF DIE SITZUNG DES EUROPÄISCHEN RATES (ER) AM 24./25.10.2013**

Beim nächsten Gipfeltreffen des ER am 24./25.10.2013 wird es insbesondere um folgende Themen gehen: Stand der Umsetzung der Digitalen Agenda, Vollendung des Digitalen Binnenmarktes bis 2015; Vervollständigung des Europäischen Forschungsraumes, weitere Entwicklung der Innovationsunion; Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (Umsetzung des sog. Investmentplans für Europa und der Jugendbeschäftigungsinitiative sowie Bürokratieabbau); weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Bezüglich der weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion soll es eine Diskussion über die Bereiche geben, die in eine verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung einbezogen werden sollen, sowie über die Indikatoren, die als Grundlage für die Analyse der wirtschaftlichen Situation eines Mitgliedstaates herangezogen werden. Entscheidungen zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und



Währungsunion sollen aber erst beim Dezember-Gipfel getroffen werden. Unter Teilnahme von EZB-Präsident *Draghi* soll auch der aktuelle Stand der Realisierung der Bankenunion beleuchtet werden.

## **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER SOZIALEN DIMENSION DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

Die Kommission hat am 02.10.2013 eine Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension in der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt. Die Kommission schlägt in ihrer Mitteilung insbesondere die Einführung eines sog. „Scoreboards“ vor, um im Rahmen des Europäischen Semesters beschäftigungs- und sozialpolitische Probleme besser und früher zu erkennen. Das Scoreboard soll u. a. folgende Kriterien umfassen: die Arbeitslosenquote und ihre Entwicklung, die Jugendarbeitslosigkeitsquote, den Anteil der jungen Menschen, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind und die Quote der von Armut gefährdeten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die Kommission versteht die Mitteilung als Beitrag zu den Diskussionen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, die für das kommende Gipfeltreffen des ER am 24./25.10.2013 geplant sind (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-893\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-893_de.htm)

Memo der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-837\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-837_en.htm)

## **DISKUSSIONEN ÜBER DIE ÄNDERUNG DER METHODE ZUR BERECHNUNG DER STRUKTURELLEN HAUSHALTSDEFIZITE**

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der EU (WPA), der dem ECOFIN-Rat zuarbeitet, gibt es Überlegungen, die Berechnungsmethode zur Ermittlung der strukturellen Arbeitslosigkeit (Arbeitslosigkeit in einer konjunkturellen Normallage) anzupassen. Die derzeitige Berechnungsmethode führt in einigen Mitgliedstaaten zu einer sehr hohen strukturellen Arbeitslosenquote (z. B. in Spanien über 20 %) und wird daher als zu zyklisch kritisiert. Die Kommission hatte daher vorgeschlagen, die Berechnungsmethode bereits für ihre Herbstprognose im November für Mitgliedstaaten wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien anzupassen und die strukturelle Arbeitslosigkeit damit im Ergebnis niedriger auszuweisen. Dies hätte u.U. auch Auswirkungen auf die Berechnung des strukturellen Defizits und könnte im Ergebnis ggf. zur Lockerung der Konsolidierungsvorgaben im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes führen. Der WPA hat den Vorschlag der Kommission in seiner Sitzung am 24.09. zunächst nicht aufgegriffen. Zunächst sollen die konkreten Auswirkungen der Änderung der Berechnungsmethode eingehend geprüft werden, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der strukturellen Defizite. Sonderlösungen für einzelne Mitgliedstaaten soll es nicht geben. Die Angelegenheit wurde daher zunächst an die „Output Gap Working Group“, eine Unterarbeitsgruppe des WPA zurück verwiesen.



## TROIKA UNTERBRICHT MISSION IN GRIECHENLAND

Die Troika, bestehend aus Vertretern der Kommission, der EZB und des IWF, hat ihre Anfang September begonnene Mission am 29.09.2013 zunächst unterbrochen. Die Kommission spricht zwar von guten Fortschritten. Bevor die politischen Diskussionen in den kommenden Wochen wieder aufgenommen werden können, seien aber noch einige technische Arbeiten notwendig. Der Präsident der Eurogruppe, *Jeroen Dijsselbloem*, hatte nach der Sitzung der Eurogruppe am 13.09.2013 angekündigt, dass es Diskussionen über die Deckung einer etwaigen Finanzierungslücke im zweiten Rettungsprogramm für Griechenland voraussichtlich im November/Dezember geben werde.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-890\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-890_en.htm)

## ABSCHLUSS DER VIERTEN TROIKA-MISSION IN SPANIEN

Die Troika hat vom 16. - 27.09.2013 die Umsetzung des Anpassungsprogramms für den spanischen Finanzsektor der vierten vierteljährlichen Überprüfung unterzogen. Aus Sicht der Troika ist Spanien mit der Umsetzung des Anpassungsprogramms nach wie vor auf Kurs. Die spanischen Finanzmärkte hätten sich weiter stabilisiert. Insbesondere die Liquiditätssituation und die Finanzierungsstruktur des spanischen Bankensektors habe sich weiter verbessert. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung gebe es Stabilisierungstendenzen. Notwendig sei vor diesem Hintergrund, dass Spanien das Reformmomentum beibehalte und u. a. das Pensionssystem stabilisiere, die Effektivität der öffentlichen Verwaltung verbessere und die Produkt- und Dienstleistungsmärkte flexibilisiere. Die nächste Troika-Mission ist für Dezember 2013 geplant.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-836\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-836_en.htm)

## MITTEILUNG ZUR FÖRDERUNG VON INNOVATION UND DIGITALEN KOMPETENZEN IN SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Die Kommission hat am 25.09.2013 eine Mitteilung zur Förderung von Innovation und digitalen Kompetenzen in Schulen und Hochschulen („Die Bildung öffnen“) vorgelegt. Ziele sind die Schaffung von Innovationschancen für Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Lernende, die intensivere Nutzung frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien und die Verbesserung der IKT-Infrastrukturen und der Konnektivität. Zu den Maßnahmen gehören z. B. die Förderung innovativer Lehr- und Lernumgebungen, die Ausstattung aller Klassenräume bzw. zumindest aller Schulen mit einer Breitbandverbindung und die Modernisierung der IKT-Ausstattung. Finanziert werden sollen die Maßnahmen mit EU-Mitteln aus dem Programm Erasmus+, dem neuen Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ sowie den Strukturfonds. In der Mitteilung



deutet die Kommission zudem an, u. U. eine Initiative zur Angleichung der Mehrwertsteuersätze für digitale und gedruckte Bücher zu ergreifen (s. auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-859\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-859_de.htm)

Memo der Kommission mit weiteren Informationen und einer Liste der 24 Maßnahmen der Initiative:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-813\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-813_de.htm)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom_en.pdf)

### **STUDIE ZUR MEHRWERTSTEUERLÜCKE IN DER EU**

Die Kommission hat am 19.09.2013 eine Studie zur Mehrwertsteuerlücke in der EU vorgestellt. Die Mehrwertsteuerlücke ist die Differenz zwischen der geschuldeten Mehrwertsteuer und den tatsächlich von den nationalen Behörden eingezogenen Mehrwertsteuerbeträgen. Erfasst werden nicht nur die Einnahmefälle wegen Nichteinhaltung von Steuervorschriften, sondern auch Ausfälle aufgrund von Insolvenzen, statistischen Fehlern und Zahlungsverzug. In der Studie werden die auf Verstöße oder Nichteinzahlung zurückzuführenden Verluste bei den Mehrwertsteuereinnahmen im Jahr 2011 auf 193 Mrd. € (1,5 % des BIP) geschätzt. Im EU-Durchschnitt betrug die Mehrwertsteuerlücke EU-weit 18 % der geschuldeten Mehrwertsteuer. Besonders hohe Mehrwertsteuerlücken weisen Rumänien (48 %), Lettland (41 %), Griechenland (39 %), die Slowakei (37 %), Litauen (36 %) und Ungarn (30 %) auf. Die Mehrwertsteuerlücke in Deutschland liegt bei 12 %.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-844\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-844_de.htm)

Studie zur Mehrwertsteuerlücke:

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/common/publications/studies/vat-gap.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/common/publications/studies/vat-gap.pdf)

Memo der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-800\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-800_en.htm?locale=en)

### **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR ZWEITEN TRANCHE DES BERICHTIGUNGSHAUSHALTS ZUM EU-HAUSHALT 2013**

Die Kommission hat am 25.09.2013 zur Deckung bestehender Zahlungsverpflichtungen der EU einen aktualisierten Vorschlag für die zweite Tranche des Nachtragshaushalts zum EU-Haushalt 2013 vorgelegt. Danach soll die zweite Tranche 3,9 Mrd. € betragen. Davon entfallen rd. 3,1 Mrd. € auf die Kohäsionspolitik. Am 09.07.2013 hatte der ECOFIN-Rat bereits eine erste Tranche in Höhe von 7,3 Mrd. € formal freigegeben. Gleichzeitig hatte der ECOFIN-Rat versichert, dass er weitere Zahlungsermächtigungen bewilligen werde, wenn dies notwendig sei, damit die EU ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Der Nachtragshaushalt muss noch vom Rat und vom Europäischen Parlament (EP) angenommen werden. Die Freigabe der zweiten Tranche



des Nachtragshaushalts hat das EP zur Voraussetzung für die formelle Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 gemacht.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-857\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-857_de.htm)

Kommissionsentwurf des Nachtragshaushalts:

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2013/DAB/COM\\_2013\\_669\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2013/DAB/COM_2013_669_de.pdf)

Anhang zum Kommissionsentwurf des Nachtragshaushalts:

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2013/DAB/COM\\_2013\\_669\\_ANNEX\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2013/DAB/COM_2013_669_ANNEX_en.pdf)

### **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND TSCHECHIEN NACH DER HOCHWASSERKATASTROPHE IM MAI/JUNI 2013**

Die Kommission hat am 03.10.2013 einen Vorschlag zur Anpassung des EU-Haushalts 2013 vorgelegt, um Deutschland, Österreich und Tschechien wegen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 aus dem EU-Solidaritätsfonds unterstützen zu können. Für Deutschland sollen mehr als 360 Mio. € bereitgestellt werden. Österreich und Tschechien sollen 21,6 Mio. € bzw. 15,9 Mio. € erhalten. Daneben wird Rumänien mit rd. 2,4 Mio. € bei der Bewältigung der durch Dürreschäden und Waldbrände im Sommer 2012 entstandenen Kosten unterstützt. Deutschland hatte am 24.07.2013 wegen der Hochwasserkatastrophe Hilfen aus dem Solidaritätsfonds beantragt. Der EU-Solidaritätsfonds dient der Unterstützung der von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten bei der Wiederherstellung wesentlicher Infrastruktur und der Erstattung von Kosten für Nothilfemaßnahmen, Rettungsaktionen und Aufräumarbeiten, sieht aber keine direkten Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger vor. Die Finanzhilfen müssen noch vom EP und vom Rat genehmigt werden.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-907\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-907_de.htm)

## **EU-HAUSHALT**

### **HAUSHALTSAUSSCHUSS DES EP LEHNT RATSPPOSITION ZUM EU-HAUSHALT 2014 AB**

Der Haushaltsausschuss des EP hat am 03.10.2013 in einer langen Abstimmungsrunde die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag zum EU-Haushalt 2014 abgelehnt, und zwar vor allem in Bereichen wie Investitionen für Wachstum und Beschäftigung, Forschung, Förderung von Unternehmen oder Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die genauen Zahlen zur Position des EP-Haushaltsausschusses zum EU-Haushalt 2014 sind noch nicht veröffentlicht. Der Rat hatte am 02.09. Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 141,77 Mrd. € (1,05 % des BNE) und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 134,8 Mrd. € (1,0 % des BNE) vorgeschlagen. Damit liegt die Ratsposition unter dem Kommissionsvorschlag vom 26.06., der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 142,01 Mrd. € und Zahlungsermächtigungen in Höhe von 135,9 Mrd. € vorsah (EB 12/13). Das EP wird seine Position im Plenum



voraussichtlich am 23.10. festlegen. Schließt sich das Plenum des EP dem Votum des Haushaltsausschusses an und lehnt es die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen ab, kommt es vom 24.10. – 13.11. zu einem 21-tägigen Vermittlungsverfahren.

### **KOMMISSION LEGT BERICHT ZUM SCHUTZ DES EU-HAUSHALTS BIS ENDE 2012 VOR**

Die Kommission hat am 26.09.2013 einen Bericht zum Schutz des EU-Haushalts bis Ende 2012 vorgelegt. Diesen hatte das EP im April d. J. angefordert. Die mit Abstand höchste Quote von Fehlerkorrekturen im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung wies im Jahr 2012 Spanien auf (16,8 % der aus dem EU-Haushalt erhaltenen Zahlungen). Spanien war damit für 58 % aller Fehlerkorrekturen verantwortlich. Auch Zypern (7,2 %), Schweden (6,3 %), Griechenland (4,4 %) und Rumänien (4,2 %) hatten sehr hohe Fehlerkorrekturquoten in Relation zu den aus dem EU-Haushalt erhaltenen Zahlungen. Deutschland liegt bei 0,1 %, der EU-Durchschnitt bei 3,5 %. MdEP *Pieper* und MdEP *Gräßle* (EVP/CDU) fordern vor dem Hintergrund der teils sehr hohen Korrekturquoten, in der neuen Förderperiode 2014 - 2020 die Praxis zu beenden, dass nicht förderfähige Projekte durch neue Projekte der Mitgliedsstaaten ersetzt werden können. Die Kommission wird aufgefordert, mehr direkte Verantwortung für die Umsetzung von Programmen in einzelnen Mitgliedsstaaten zu übernehmen.

Mitteilung der Kommission:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/cont/dv/com\\_2013\\_682\\_2\\_/com\\_2013\\_682\\_2\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cont/dv/com_2013_682_2_/com_2013_682_2_en.pdf)

### **KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR VEREINFACHUNG DES EU-RECHTS, „REFIT - FIT FÜR WACHSTUM“**

Die Kommission hat am 02.10.2013 eine Mitteilung zur Vereinfachung des EU-Rechts „REFIT - Fit für Wachstum“ veröffentlicht. Darin gibt die Kommission einen Überblick über die Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der Vereinfachung des EU-Rechts und beim Bürokratieabbau erzielt wurden. Zu den für 2013 und 2014 noch geplanten Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung gehört u. a. die Einführung einer standardisierten Mehrwertsteuer-Erklärung. Bei einigen Vorschlägen, die derzeit im Mitentscheidungsverfahren blockiert sind, sieht die Kommission kaum Aussichten auf Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Die Kommission plant deshalb, u.a. den Richtlinienvorschlag vom 29.10.2004 zur Vereinfachung der mehrwertsteuerlichen Pflichten (COM (2004) 728 final) zurückzuziehen. Eine Evaluation („Fitness Check“) ist u. a. für die Verordnung über die Anwendung der internationalen Rechnungslegungsstandards (IAS) und die Regulierung der Finanzdienstleistungen geplant, letzteres allerdings erst mittelfristig. Die Arbeit der Hochrangigen Gruppe zum Bürokratieabbau unter dem Vorsitz des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Stoiber* hatte Kommissionspräsident *Barroso* bereits am 19.09.2013 gewürdigt. *Barroso* bezeichnete es als großen Erfolg, dass die ehrgeizige Zielvorgabe von 25 % überschritten und eine Verringerung der Verwaltungslasten um 26,1 % erreicht wurde. Dadurch sparen Unternehmen in Europa 32,3 Mrd. € an Verwaltungsaufwendungen ein (s. auch Beitrag Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und europäisches Parlament in diesem EB).



Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-891\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-891_de.htm)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit_en.pdf)

Anhang zur Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit-annex\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit-annex_en.pdf)

## **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR REGULIERUNG VON ZENTRALVERWAHRERN BEI WERTPAPIERGESCHÄFTEN**

Der Rat hat auf Ebene der Botschafter am 26.09.2013 eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung zur Regulierung der Tätigkeit von Wertpapierzentralverwahrern (CSD: central securities depositories) für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften erzielt. Die Kommission hatte den entsprechenden Vorschlag am 07.03.2012 vorgelegt (EB 05/12). Die Verordnung setzt an der Abwicklung von Wertpapiergeschäften an, während Handel und Clearing durch andere Rechtsakte (MIFiD bzw. EMIR) geregelt werden. CSD stellen auf den Wertpapiermärkten die Infrastruktur für die Abwicklung und erfassen Emissionen und Besitzerwechsel. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Geschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/138822.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/138822.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE**

---

### **WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE**

#### **FORMELLE VERABSCHIEDUNG DER GEMEINSAMEN BANKENAUF SICHT IM EURORAUM VERZÖGERT SICH**

Die formelle Annahme der Legislativtexte zur Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum verzögert sich. Hintergrund ist eine Intervention des Vereinigten Königreiches. Dieses teilte in der AStV-Sitzung am 25.09. mit, dass es den Legislativtexten noch nicht zustimmen könne und legte einen Parlamentsvorbehalt ein. Ein Untersuchungsausschuss des britischen Parlaments habe mit Blick auf die zwischen dem EP und der EZB ausgehandelte interinstitutionelle Vereinbarung über die Rechenschaftspflicht der gemeinsamen Bankenaufsicht um eine nochmalige Überprüfung der Texte gebeten. Ohne die formale Annahme durch den Rat können die beiden Verordnungen zur Schaffung einer gemeinsamen Bankenaufsicht



nicht in Kraft treten. Möglicherweise wird das Thema auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 15.10.2013 stehen. Ob die gemeinsame Bankenaufsicht dann angenommen werden kann, ist allerdings noch unklar (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

### **KLAGE DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHES GEGEN DIE BEGRENZUNG VON BANKERBONI**

Das Vereinigte Königreich hat am 20.09.2013 wegen der im Basel III-Regelwerk vorgesehenen Begrenzung von Bankerboni Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) erhoben. Kernelement von Basel III sind höhere Eigenkapitalanforderungen. Daneben wurden auf Druck des EP hin im Rahmen von Basel III Bonuszahlungen für Bankmitarbeiter grundsätzlich auf 100 % des Grundgehalts begrenzt. Die Anteilseigner haben allerdings unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, die Boni davon abweichend auf 200 % des Grundgehalts zu begrenzen. Der Rat hat das Basel III-Regelwerk am 20.06.2013 – gegen die Stimme des Vereinigten Königreiches – nur mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Informationsseite des EuGH zur Rechtssache C-507/13:

<http://curia.europa.eu/juris/fiche>

### **ALLGEMEINE AUSRICHTUNG ZUR REGULIERUNG VON ZENTRALVERWAHRERN BEI WERTPAPIERGESCHÄFTEN**

Der Rat hat auf Ebene der Botschafter (AStV) am 26.09.2013 eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung zur Regulierung der Tätigkeit von Wertpapierzentralverwahrern (CSD: central securities depositories) für die Abwicklung von Wertpapiergeschäften erzielt. Die Kommission hatte den entsprechenden Vorschlag am 07.03.2012 vorgelegt (EB 05/12). Die Verordnung setzt an der Abwicklung von Wertpapiergeschäften an, während Handel und Clearing durch andere Rechtsakte (MIFiD bzw. EMIR) geregelt werden. CSD stellen auf den Wertpapiermärkten die Infrastruktur für die Abwicklung und erfassen Emissionen und Besitzerwechsel. Die Wertpapierabwicklung, die dem eigentlichen Geschäft nachfolgt, soll gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen sicherer, effizienter und schneller werden. Das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung soll sinken.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/138822.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/138822.pdf)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR BEWERTUNG DER NATIONALEN REGLEMENTIERUNGEN DES BERUFSZUGANGS**

Mit ihrer Mitteilung vom 02.10.2013 zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs beginnt die Kommission die Umsetzung von Art. 59 der überarbeiteten Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, über die in diesem Juni eine politische Einigung erzielt wird und in der nächsten





Plenumswoche des EP abgestimmt werden soll. Darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, in einer ersten Phase ab November 2013 im Interesse größerer Transparenz eine Liste über ihre reglementierten Berufe aufzustellen. Auf dieser Grundlage plant die Kommission für März 2014 eine Europakarte der reglementierten Berufe. In einer zweiten (bis Mai 2014) und dritten Phase (bis Januar 2016) sollen die Mitgliedstaaten nacheinander für zwei Gruppen von Wirtschaftszweigen überprüfen, ob ihre Zugangsbeschränkungen zu Berufen notwendig und verhältnismäßig sind. Die Kommission wird Sitzungen organisieren, auf denen sich die Mitgliedstaaten über ihre Ergebnisse austauschen und sich gegenseitig evaluieren können. Daran anschließend soll jeder Mitgliedstaat einen nationalen Aktionsplan vorlegen, der darlegt, welche Maßnahmen eingeleitet wurden oder beabsichtigt sind (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-897\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-897_de.htm?locale=en)

### **RAT DISKUTIERT STAND DER DINGE ZUR KÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK**

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 30.09.2013 schwerpunktmäßig mit dem derzeitigen Verhandlungsstand der Trilogie zur künftigen Kohäsionspolitik 2014 - 2020 auseinandergesetzt. Dabei ging es insbesondere um die noch nicht abgeschlossenen Kapitel der den künftigen Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) zugrundeliegenden Grundverordnung, namentlich um die makroökonomischen Konditionalitäten, die Leistungsreserve, Kofinanzierungsraten sowie um die Vorschussregeln. Die Verhandlungen mit dem EP gestalten sich hierzu besonders schwierig, da das EP sowohl die makroökonomischen Konditionalitäten als auch die Leistungsreserve als Steuerungsmittel des „better spending“ dem Grunde nach ablehnt, viele Mitgliedstaaten diese aber gerade als Schlüsselemente der ER-Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen vom Februar d. J. begreifen. Die Ratssitzung diente daher dazu, die mögliche Kompromissbereitschaft der Mitgliedstaaten für die weiteren Verhandlungen auszuloten. Diese sollten Mitte Oktober d. J. zum Abschluss gebracht werden, der Zeitplan erscheint angesichts der Positionsunterschiede mittlerweile allerdings nicht mehr haltbar.

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/EN/genaff/138866.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/genaff/138866.pdf)

### **KOMMISSION LEGT BERICHT ZUM EU-HAUSHALTSSCHUTZ BIS ENDE 2012 VOR – FEHLERQUOTE BEI DEUTSCHER KOHÄSIONSPOLITIK GERING**

Die Kommission hat am 26.09.2013 ihren Bericht zum Schutz des EU-Haushalts bis Ende 2012 vorgelegt. Diesen hatte das EP im April dieses Jahres angefordert. Er gibt im Hinblick auf EU-Mittel einen Überblick über die legislativen Vorkehrungen zur Identifizierung und Aufklärung administrativer Fehler, Irregularitäten und Betrugsverdachtsfällen, die von der EU oder den Mitgliedstaaten aufgedeckt werden. Auch die haushaltsrelevanten Auswirkungen dieser Vorfälle sowie die jeweils mitgliedstaatliche Beteiligung werden dargelegt. Im Bereich des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung EFRE (wie auch in anderen



Bereichen) wird deutlich, dass die mit Abstand meisten Finanzkorrekturen im Jahr 2012 spanische Fälle betreffen. Dies gilt sowohl für die Anzahl der Korrekturen (80,8 % aller Fälle) als auch die Höhe der auf dem Spiel stehenden Beträge. Es folgen Portugal (4,8 % aller EFRE-Finanzkorrekturen) und die Tschechische Republik (ebenfalls 4,8 %). Deutschland liegt in allen Bereichen am unteren Rand, beim EFRE allerdings mit 1,0 % noch relativ hoch.

Mitteilung der Kommission (nur in englischer Sprache):

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/cont/dv/com\\_2013\\_682\\_2\\_/com\\_2013\\_682\\_2\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cont/dv/com_2013_682_2_/com_2013_682_2_en.pdf)

### **RAT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT BESCHÄFTIGT SICH MIT EUROPÄISCHER INDUSTRIE UND BEDÜRFNISSEN VON KMU**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich im Bereich Binnenmarkt und Industrie am 26.09.2013 insbesondere mit der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie der europäischen Industrie auseinander gesetzt. Eigene Tagesordnungspunkte betrafen die europäische Verteidigungsindustrie sowie die Stahlindustrie. Beschlüsse gab es nicht, jedoch sollen die Diskussionsergebnisse in die Schlussfolgerungen des Wettbewerbsfähigkeitsrates im Dezember d. J. und des ER im Februar 2014 einfließen. Dabei sollen auch die Themen Governance der Industriepolitik und Verknüpfung mit dem Europäischen Semester eine Rolle spielen. Im Bereich Forschung und Innovation beschäftigte sich der Rat am Folgetag mit dem Stand der europäischen Innovationsunion sowie mit der Vollendung eines europäischen Forschungsraums (s. hierzu auch den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/138840.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/138840.pdf)

### **ZWEI BERICHTE ZUR INDUSTRIELLEN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU**

Die Kommission hat am 25.09.2013 zwei Berichte zur Wettbewerbsfähigkeit der EU veröffentlicht. Der erste Bericht behandelt die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten, der zweite Bericht hat die sektorübergreifende Wettbewerbsfähigkeit der EU zum Gegenstand. Den Berichten zufolge hat sich der Anteil des industriellen Sektors am BIP der EU mit 15,1 % stabilisiert, er erhole sich aber nur langsam von den Folgen der Wirtschaftskrise und liege noch deutlich unter dem für 2020 anvisierten Ziel von 20 %. Zwar gebe es durchaus auch einige positive Entwicklungen, jedoch würden dem industriellen Wachstum und der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auch weiterhin Gefahren drohen, v. a. durch steigende Energiepreise, einen anhaltenden Rückgang des Investitionsniveaus, den schwierigen Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen sowie eine ineffiziente Verwaltung mancher Mitgliedstaaten. Deutschland schneidet im europäischen Vergleich bei den meisten Kriterien überdurchschnittlich gut ab.



Pressemitteilung der Kommission mit weiterführenden Links zu den Berichten:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-862\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-862_de.htm)

### **KONSULTATION ZUM „CROWDFUNDING“**

Die Kommission hat am 03.10.2013 eine Konsultation zur Finanzierungsmethode des crowdfunding gestartet. Dabei wird zur Finanzierung spezifischer Projekte (häufig philanthropischer oder besonders innovativer Natur) ein breites Publikum als Geldgeber angesprochen, typischerweise über das Internet, so dass statt eines großen Partners eine Vielzahl von Personen mit eher kleinen Summen zu einer Projektfinanzierung beitragen. Mit der Konsultation möchte die Kommission mehr über die Marktentwicklung und das Funktionieren solcher Modelle erfahren, um eine Grundlage für mögliche unterstützende legislative und nicht-legislative Maßnahmen zu bekommen. Die Konsultation läuft bis zum 31.12.2013.

Internetseite zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2013/crowdfunding/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2013/crowdfunding/index_de.htm)

### **KONSULTATION ZUM AKTIONSPLAN FÜR UMWELTFREUNDLICHE KMU**

Die Kommission hat am 20.09.2013 eine Konsultation zum Thema „Aktionsplan für umweltfreundliche KMU gestartet“, die noch bis zum 12.12.2013 läuft. Interessierte Kreise und v. a. KMU sind aufgerufen mitzuteilen, welche Unterstützungsmaßnahmen für ressourceneffizientes Arbeiten und die internationale Vermarktung von grünen Produkten und Dienstleistungen besonders hilfreich wären. Die Ergebnisse sollen gemeinsam mit den Ergebnissen der 2012 veröffentlichten Studie „KMU, Ressourceneffizienz und Grüne Märkte“ in einen „Grünen Aktionsplan für KMU“ einfließen.

Internetseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache) mit Link zum Fragebogen (auch in deutscher Sprache erhältlich):

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation-green-action-plan/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation-green-action-plan/index_en.htm)

### **EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFT STELLT ROHSTOFF-MASTERPLAN VOR**

Die Hochrangige Lenkungsgruppe der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) für Rohstoffe hat am 25.09.2013 einen „Strategischen Durchführungsplan“ angenommen, der als Leitfaden der europäischen Rohstoffsicherung bis 2020 dienen soll. Der Plan beschreibt Maßnahmen, die eine nachhaltige Versorgung der europäischen Wirtschaft mit Rohstoffen sichern und ein Technologievorsprung in den Bereichen Exploration, Förderung, Recycling und Substitution von Rohstoffen ermöglichen sollen.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-863\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-863_de.htm)



## AUSSENWIRTSCHAFT

### KOMMISSION VERÖFFENTLICHT TEXT DES FREIHANDELSABKOMMENS MIT SINGAPUR

Die Kommission hat am 20.09.2013 den Text des umfassenden Freihandelsabkommens (FTA) mit Singapur veröffentlicht, auf den sich die Unterhändler im Dezember vergangenen Jahres geeinigt hatten (EB 22/12). Die Kommission erhofft sich durch die Veröffentlichung des Textes, der am Vortag von den Verhandlungsparteien paraphiert wurde, positive Impulse für weitere FTA mit südostasiatischen Ländern sowie langfristig mit der ASEAN-Gruppe insgesamt. Das Abkommen muss noch vom Rat gebilligt und dann dem EP zur Zustimmung vorgelegt werden. Die Verhandlungen über ein Investitionsschutzabkommen mit Singapur, das nach Abschluss in das FTA aufgenommen werden soll, werden derzeit noch fortgeführt.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-849\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-849_de.htm)

Originaltext des Abkommens (bislang nur in englischer Sprache):

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=961>

### VORLÄUFIGES INKRAFTTRETEN DER HANDELSVORSCHRIFTEN DES ASSOZIIERUNGS-ABKOMMENS MIT COSTA RICA UND EL SALVADOR

Die umfangreichen Handelsvorschriften des Assoziierungsabkommens mit Costa Rica und El Salvador sind am 01.10.2013 vorläufig in Kraft getreten.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-881\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-881_de.htm)

## ENERGIE

### ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR ENERGIEKENNZEICHNUNGS- UND ÖKODESIGN-RICHTLINIE

Die Kommission hat bereits am 31.08.2013 eine Konsultation zur Evaluierung der Energiekennzeichnungs-Richtlinie 2010/30/EU gestartet. Auch bestimmte Aspekte der Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG stehen zur Konsultation. Mit Hilfe der Stellungnahmen, Erfahrungen und Ideen der betroffenen Interessenträger sollen die Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz und Kohärenz der Richtlinien und ihrer Durchführungsmaßnahmen ebenso evaluiert werden wie ihr Mehrwert für die EU und ihre Verteilungswirkung. Das Konsultationsverfahren läuft noch bis zum 30.11.2013.

Internetseite zur Konsultation (mit Links zu den Fragebögen):

[http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/201310\\_evaluation\\_of\\_energy\\_labelling\\_directive\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/201310_evaluation_of_energy_labelling_directive_en.htm)



## VERKEHR

### EP-VERKEHRSAUSSCHUSS LEHNT NEUE REGELUNGEN FÜR FLUGDIENSTZEITEN AB

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) des EP hat am 30.09.2013 im Komitologieverfahren (nach den Vorschriften vor Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags) mehrheitlich (mit 25/13 Stimmen) gegen den Kommissionsvorschlag zur Änderung der bestehenden Regelungen für Flugdienstzeiten votiert. Der Ausschuss fordert die Kommission auf, einen neuen Vorschlag vorzulegen, der insbesondere zwei Aspekte aufnehmen müsse: Beschränkung der Flugdienstzeiten auf maximal zehn Stunden sowie eine höchstzulässige kombinierte Dauer von Bereitschaft und Flugdienstzeiten von maximal 18 Stunden; andernfalls führe die Verordnung zu einer Gefahr für die Flugsicherheit.

Entschließungsantrag des TRAN-Ausschusses zur Ablehnung des Kommissionsvorschlags:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/tran/re/1002/1002201/1002201de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/tran/re/1002/1002201/1002201de.pdf)

Text des Kommissionsvorschlags:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st12/st12864.de13.pdf>

### EUGH: BAHNREISENDE HABEN NACHVERSÄTUNG AUCH BEI HÖHERER GEWALT ANSPRUCH AUF (TEIL-)ERSTATTUNG DES FAHRPREISES

Mit Urteil vom 26.09.2013 hat der EuGH entschieden, dass höhere Gewalt Bahngesellschaften nicht berechtigt, bei daraus resultierenden erheblichen Verspätungen eine (teilweise) Fahrpreiserstattung zu verweigern. Eine analoge Anwendung der Haftungsausschlussgründe aus den Verordnungen für Passagiere im Flug-, Schiffs-, und Kraftomnibusverkehr lehnt der EuGH ab, da es an einer Vergleichbarkeit der „Beförderungsformen unter Berücksichtigung ihrer Funktionsweise, ihrer Zugänglichkeit und der Aufteilung ihrer Netze hinsichtlich ihrer Nutzungsbedingungen“ fehle (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

Pressemitteilung des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130119de.pdf>

Urteil des EuGH in deutscher Sprache:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=142215&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=838082>

### KOMMISSION LEGT NAIADES-II-PROGRAMM ZUR BINNENSCHIFFFAHRTSFÖRDERUNG VOR

Die Kommission hat am 10.09.2013 eine Mitteilung über das NAIADES II-Programm zur Förderung der europäischen Binnenschifffahrt angenommen. Dadurch wird das NAIADES-Programm aus dem Jahr 2006 aktualisiert und an die Orientierungen aus dem Weißbuch Verkehr aus dem Jahr 2011 angepasst. Zum NAIADES-Paket gehören auch zwei Vorschläge für neue Rechtsakte: So möchte die Kommission die Richtlinie 2006/87 EG ändern und damit sowohl technische Standards aktualisieren als auch Verfahren und



Entscheidungswege gerade für den grenzüberschreitenden Binnenschiffverkehr verbessern. Eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 718/1999 soll zudem dazu führen, dass der Ausgleichsfonds für Binnenschiffer zukünftig auch für Investitionen in Ausbildung, Umweltschutz und Innovation in Anspruch genommen werden kann; bisher war der Anwendungsbereich so eng gefasst, dass der Fonds nach Angaben der Kommission in keinem Fall erfolgreich nachgefragt wurde.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-824\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-824_de.htm)

## TECHNOLOGIE UND INNOVATION

### RAT FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ZUM THEMA INNOVATION UND FORSCHUNG

Im Zentrum des Forschungs- und Innovationsteils der Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 27.09.2013 stand eine Orientierungsaussprache über den Stand der Dinge bei der Umsetzung der Kommissions-Leitinitiative Innovationsunion, zu der die Kommission einen Bericht präsentierte, und bei der Schaffung des Europäischen Forschungsraums (EFR). Die Kommission stellte ihre Vorschläge für Gemeinsame Technologieinitiativen (EB 13/13) nach Artikel 187 AEUV vor, welche vom Rat grundsätzlich gebilligt wurden. Die Kommission präsentierte außerdem ihre Vorschläge über die Schaffung von drei öffentlich-öffentlichen Partnerschaften mit Mitgliedstaaten nach Artikel 185 AEUV zur gemeinsamen Durchführung von nationalen Forschungsprogrammen. Der Rat nahm die Vorschläge jeweils zustimmend zur Kenntnis. Ein Sachstandsbericht zum internationalen Forschungsreaktor ITER wurde vertagt (s. auch den Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Pressemitteilung des Rates (nur in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/intm/138840.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/intm/138840.pdf)

Bericht zum Stand der Innovationsunion 2012:

[http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/state-of-the-union/2012/state\\_of\\_the\\_innovation\\_union\\_report\\_2012.pdf](http://ec.europa.eu/research/innovation-union/pdf/state-of-the-union/2012/state_of_the_innovation_union_report_2012.pdf)

### ERSTER FORTSCHRITTSBERICHT ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM

Am 20.09.2013 hat die Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zur angestrebten Vollendung des Europäischen Forschungsraums (EFR) als Binnenmarkt für Forscher und Forschung bis 2014 vorgelegt (EB 14/12 und 03/11). Deutschland schneidet in der Kommissionsanalyse im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten insgesamt sehr gut ab. In der europaweiten Gesamtschau werden aber weiterhin bestehende Defizite bemängelt: U. a. sei eine Verbesserung der strategischen Abstimmung der verschiedenen Quellen nationaler und anderer Mittel auf EU-Ebene erforderlich. Nationale Forschungsprogramme seien noch besser abzustimmen, um gemeinsam vereinbarte strategische Forschungspläne umzusetzen. Die Mitgliedstaaten müssten sich in der Personalpolitik stärker koordinieren, sodass bei offenen Stellen im Forschungsbereich



transparente und leistungsbezogene Einstellungsverfahren greifen. Hindernisse für den Zugang zu und die Portabilität von nationalen Finanzhilfen seien zu beseitigen. Insgesamt sei die europäische Forschungs- und Innovationslandschaft weiterhin fragmentiert (s. dazu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Fortschrittsbericht 2013:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st13/st13812.de13.pdf>

## SONSTIGES

### KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR VEREINFACHUNG DES EU-RECHTS „REFIT - FIT FÜR WACHSTUM“

Die Kommission hat am 02.10.2013 eine Mitteilung zur Vereinfachung des EU-Rechts „REFIT - Fit für Wachstum“ veröffentlicht. Darin gibt die Kommission einen Überblick über die Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der Vereinfachung des EU-Rechts und beim Bürokratieabbau erzielt wurden. Zu den für 2013 und 2014 noch geplanten Maßnahmen zur Rechtsvereinfachung gehört u. a. eine Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 über den Straßengütertransport. Bei einigen Vorschlägen, die derzeit im Mitentscheidungsverfahren blockiert sind, sieht die Kommission kaum Aussichten auf Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens. Eine Evaluation („Fitness Check“) ist u. a. für die Verordnung über die Anwendung der internationalen Rechnungslegungsstandards (IAS) und die Regulierung der Finanzdienstleistungen geplant, letzteres allerdings erst mittelfristig. Die Arbeit der Hochrangigen Gruppe zum Bürokratieabbau unter dem Vorsitz des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten *Dr. Stoiber* hatte Kommissionspräsident *Barroso* bereits am 19.09.2013 gewürdigt. *Barroso* bezeichnete es als großen Erfolg, dass die ehrgeizige Zielvorgabe von 25 % überschritten und eine Verringerung der Verwaltungslasten um 26,1 % erreicht wurde. Dadurch sparen Unternehmen in Europa 32,3 Mrd. € an Verwaltungsaufwendungen ein. (s. auch den Beitrag im Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-891\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-891_de.htm)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit_en.pdf)

Anhang zur Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit-annex\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/smart-regulation/docs/20131002-refit-annex_en.pdf)

### KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME DES KABELNETZBETREIBERS KABEL DEUTSCHLAND DURCH VODAFONE

Die Kommission hat am 20.09.2013 die Übernahme des größten deutschen Kabelnetzbetreibers, Kabel Deutschland Holding AG, durch das britische Unternehmen Vodafone Group plc. nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt, da der am 16.08.2013 bei der Kommission angemeldete Zusammenschluss nach ihrer Ansicht keine wettbewerbswidrigen Auswirkungen habe. Dabei stellte die



Kommission fest, dass sich die Geschäftstätigkeiten der beiden Unternehmen im Wesentlichen ergänzen und auf Märkten, auf denen sich die Tätigkeiten überschneiden, nur unwesentliche Marktanteilsgewinne bewirken. Kabel Deutschland biete in erster Linie Kabelfernseh-, Festnetztelefonie- und Inernetzugangsdienste an, während Vodafones Hauptgeschäft Mobilfunkdienste seien (s. dazu Beitrag im Bereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

Bestätigung des Antrags von Vodafone durch die Kommission (in englischer Sprache):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:241:0026:0026:EN:PDF>

## **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR SOZIALEN DIMENSION DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION**

Die Kommission hat am 02.10.2013 ihre Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgestellt. Dabei geht es der Kommission darum, dass zukünftig in den vorhandenen wirtschaftlichen Steuerungsmechanismen und Politikinstrumenten die Beschäftigungs- und Sozialpolitik mehr Berücksichtigung finden. Dadurch will die Kommission insbesondere der zunehmend größer werdenden Kluft zwischen den Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und sozialen Bereich mit entsprechenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entgegenwirken. Der Vorschlag konzentriert sich auf folgende drei Bereiche: (1) stärkere Überwachung von Herausforderungen im sozialen und Beschäftigungsbereich sowie stärkere Koordinierung der Sozial- und Beschäftigungspolitik, (2) mehr Solidarität sowie Mobilität und (3) verstärkter sozialer Dialog. Kern der Mitteilung ist die Einführung eines sog. „Scoreboards“ im Rahmen des Europäischen Semesters, um anhand von Schlüsselindikatoren im Bereich Beschäftigung und Soziales problematische Entwicklungen in diesen Bereichen frühzeitiger aufzudecken und diesen mit gezielten länderspezifischen Empfehlungen entgegenzutreten zu können (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-893\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-893_de.htm?locale=en)

Mitteilung der Kommission (nur in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002\\_1-emu\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002_1-emu_en.pdf)

## **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND TSschechien NACH DER HOCHWASSERKATASTROPHE IM MAI/JUNI 2013**

Die Kommission hat am 03.10.2013 einen Vorschlag zur Anpassung des EU-Haushalts 2013 vorgelegt, um Deutschland, Österreich und Tschechien wegen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 aus dem EU-Solidaritätsfonds unterstützen zu können. Für Deutschland sollen mehr als 360 Mio. € bereitgestellt werden. Österreich und Tschechien sollen 21,6 Mio. € bzw. 15,9 Mio. € erhalten. Daneben wird Rumänien mit rd. 2,4 Mio. € bei der Bewältigung der durch Dürreschäden und Waldbrände im Sommer 2012 entstandenen Kosten unterstützt. Deutschland hatte am 24.07.2013 wegen der Hochwasserkatastrophe Hilfen aus dem





Solidaritätsfonds beantragt. Der EU-Solidaritätsfonds dient der Unterstützung der von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten bei der Wiederherstellung wesentlicher Infrastruktur und der Erstattung von Kosten für Nothilfemaßnahmen, Rettungsaktionen und Aufräumarbeiten, sieht aber keine direkten Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger vor. Die Finanzhilfen müssen noch vom EP und vom Rat genehmigt werden (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-907\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-907_de.htm)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN**

---

### **POLITISCHE EINIGUNG ZU OFFENEN FRAGEN DER GAP-REFORM**

Beim Triloggespräch am Abend des 24.09.2013 konnten sich EP, Rat und Kommission über die noch offenen Fragen der GAP-Reform verständigen, die wegen ihres Bezugs zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) von der politischen Einigung am 26.06.2013 ausgeklammert waren (EB 12/13). Ein Triloggespräch am 17.09.2013 hatte dazu noch keine Einigung gebracht. Beim Agrarrat am 23.09.2013 kam der Rat durch die Anpassung seines Verhandlungsmandats den EP-Positionen geringfügig entgegen (s. Beitrag in diesem EB). Damit signalisierte der Rat auch, dass er die gleichberechtigten Mitentscheidungsrechte des EP auch in diesen Fragen anerkennt. Beim Triloggespräch am 24.09.2013 stimmte das EP-Verhandlungsteam dem Angebot des Rates schließlich zu und bestätigte die dort festgelegten Positionen zur Degression der Direktzahlungen sowie zu Kofinanzierungsraten und Darstellung der Verteilung der Mittel der ländlichen Entwicklung auf die Mitgliedstaaten. Ansonsten gelten die vom ER im Rahmen der Schlussfolgerungen zum MFR am 08.02.2013 (EB 03/13) getroffenen Kompromisse, die u. a. die Verteilung der Mittel der 1. und 2. Säule GAP auf die Mitgliedstaaten, die Flexibilität zwischen den GAP-Säulen und Kofinanzierungssätze für die ländliche Entwicklung festlegen.

Pressemitteilung des EP-AGRI-Ausschusses (in englischer Sprache):

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

Pressemitteilung des Rates (in englischer Sprache):

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/138810.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/138810.pdf)

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-864\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-864_de.htm)

### **EP-AGRI-AUSSCHUSS NIMMT GAP-REFORM AN**

Am 30.09.2013 nahm der AGRI-Ausschuss des EP die gesamte politische Einigung zur GAP-Reform formell an. Mit jeweils deutlicher Mehrheit sprachen sich die Abgeordneten in vier Abstimmungen für die in den



Triloggesprächen mit Rat und Kommission insgesamt erzielten Kompromisse zu den GAP-Verordnungen über Direktzahlungen (dafür 31, dagegen 8, Enthaltungen 2), einheitliche Gemeinsame Marktorganisation (dafür 27, dagegen 14, Enthaltungen 0), ländliche Entwicklung (dafür 35, dagegen 3, Enthaltungen 3) und Finanzierung, Verwaltung, Kontrolle (dafür 35, dagegen 6, Enthaltungen 0) aus. Nächster formeller Schritt ist die Abstimmung im EP-Plenum im Oktober oder November 2013. Die Annahme durch den Rat könnte im Anschluss folgen.

Pressemitteilung des AGRI-Ausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc>.

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 23.09.2013 IN BRÜSSEL**

Bei der Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei am 23.09.2013 informierte der litauische Landwirtschaftsminister und Ratspräsident *Vigilius Jukna* über die Ergebnisse des Triloggesprächs zur GAP-Reform am 17.09.2013. Um den dabei gestellten Forderungen des EP entgegen zu kommen, passte der Rat sein Verhandlungsmandat vom 25.06.2013 (EB 12/13) an. Agrarkommissar *Cioloş* stellte die neue EU-Forststrategie (s. Beitrag in diesem EB) vor und informierte über den Stand internationaler Agrarhandelsfragen. Auf Antrag Polens diskutierten die Minister ein koordiniertes Vorgehen gegen die in Russland und Weißrussland ausgebrochene Afrikanische Schweinepest. Die Niederlande forderten, Daten aus dem Kontrollsystem TRACES, das Informationen zur Ein- und Ausfuhr von Lebewild sammelt, öffentlich zugänglich zu machen. Darüber hinaus wurden die Minister informiert über die Ergebnisse der (i) internationalen Konferenz des slowenischen Landwirtschaftsministeriums und des Vereins Donau Soja am 23.08.2013 in Moravske Toplice (SVN) zur Stärkung des Eiweißpflanzenanbaus in der Donauregion und anderen Regionen Südeuropas, (ii) die Ökolandbaukonferenz vom 02. - 04.07.2013 in Vilnius, die sich mit der Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für den Ökolandbau beschäftigte, und (iii) die 33. Konferenz der Direktoren der EU-Zahlstellen am 25./26.04.2013 in Dublin.

Pressemitteilung des Rates:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/138797.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/138797.pdf)

### **ERGEBNISSE DER KONFERENZ ZUR ZUKUNFT DES MILCHSEKTORS AM 24.09.2013 IN BRÜSSEL**

Am 24.09.2013 fand in Brüssel auf Einladung der Kommission die hochrangige Konferenz „The EU dairy sector: developing beyond 2015“ statt. Dabei berieten mehr als 400 Vertreter von EU-Institutionen, Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen sowie Experten über die Zukunft des Milchsektors nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung 2015. Zu Beginn der Konferenz kündigte Agrarkommissar *Cioloş* die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle an, welche kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungen auf dem Milchmarkt verfolgt, analysiert und in Form monatlicher oder vierteljährlicher Berichte dem Sektor zur Verfügung stellt. Im Rahmen der Konferenz wurden verschiedene Studien vorgestellt, darunter die im Auftrag der Kommission von Ernst & Young vorbereitete Expertenstudie „Analysis on the future developments in the



dairy sector", die u. a. die Angebotssteuerung bei Marktkrisen durch Entschädigung für freiwilligen Produktionsverzicht (EB 05/13) als ineffektiv kritisiert. Die Ergebnisse der Konferenz wird Kommissar Ciolos in Rat und EP vorstellen. Die Diskussionen dienen auch als Basis für einen Bericht zur Umsetzung des Milchpakets, den die Kommission im Juni 2014 vorlegen muss.

Informationen und Unterlagen zur Konferenz:

[http://ec.europa.eu/agriculture/events/dairy-conference-2013\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/events/dairy-conference-2013_en.htm)

Pressemitteilung der Kommission zur Marktbeobachtungsstelle für den Milchsektor:

[http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/131\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/131_en.htm)

### **KOMMISSION LEGT NEUE EU-FORSTSTRATEGIE VOR**

Am 20.09.2013 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor“. Danach bedecken Wälder (155 Mio. ha) und andere Holzflächen (21 Mio. ha) zusammen derzeit mehr als 42 % der EU-Landfläche (vergleichbar mit 184 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche). Sie seien eine Schlüsselressource zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, v. a. im ländlichen Raum sowie zum Schutz und zur Bereitstellung von Ökosystemleistungen. Gleichzeitig stelle Forstbiomasse die derzeit wichtigste Quelle erneuerbarer Energie dar, die rund die Hälfte des EU-Gesamtverbrauchs an erneuerbarer Energie abdecke. Um diese und andere Leistungen von Wäldern ausgewogen zu nutzen, müsse eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sichergestellt werden. Die neue Strategie, die die bisher gültige Forststrategie aus dem Jahr 1998 ablöst, sei nötig, weil im Laufe der letzten 15 Jahre bedeutende Veränderungen in Gesellschaft und Politik die Betrachtung von Wäldern und Forstwirtschaft in der EU-Gesellschaft beeinflusst hätten, so die Kommission. Der Politikrahmen solle die politischen Strategien mit Forstbezug auf EU-Ebene koordinieren und deren Kohärenz gewährleisten. Forstbezogene EU-Politik solle in vollem Umfang in die nationalen Forstpolitiken einbezogen werden. Die neue Forststrategie greife „über den Wald hinaus“ und gehe auf Aspekte der Wertschöpfungskette ein, die starken Einfluss auf die Waldbewirtschaftung hätten. Die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes, der u. a. die Auswirkungen anderer Politikbereiche auf die Wälder sowie Entwicklungen außerhalb der Grenzen der Wälder berücksichtigt, wird betont. Gefordert wird die Schaffung eines Waldinformationssystems und die Erhebung EU-weit harmonisierter Informationen über die Wälder.

Mitteilung der Kommission:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2013/com2013\\_0659de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2013/com2013_0659de01.pdf)

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-850\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-850_de.htm)



## **EURH KRITISIERT BEIHILFEN ZUR „VERBESSERUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN WERTES DER WÄLDER“**

Am 19.09.2013 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) den Sonderbericht Nr. 8/2013 „Aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gewährte Beihilfen zur Verbesserung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder“. Hierzu wurde die Umsetzung und Begleitung der Maßnahme 122 „Verbesserung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder“ in den Mitgliedstaaten Spanien (Galicien), Italien (Toskana), Ungarn, Österreich und Slowenien und deren Begleitung durch die Kommission geprüft, für die im Zeitraum 2007 - 2013 in der gesamten EU 535 Mio. € bereitgestellt wurden. Der EuRH kommt zu dem Schluss, dass Kommission und Mitgliedstaaten die Beihilfen nicht wirtschaftlich und wirksam verwaltet haben. Teilweise dienten die eingesetzten Mittel nicht den Zielen der Maßnahme 122 oder sie erreichten deren Ziele nicht oder die Zielerreichung konnte nicht evaluiert werden. Für den kommenden Zeitraum 2014 - 2020, für den die Maßnahme beibehalten werden soll, empfiehlt der EuRH deshalb der Kommission, zunächst zu klären worin der wirtschaftliche Wert von Wäldern besteht. Die EU solle den Bedarf für die Maßnahme und wesentliche Merkmale, die sicherstellen, dass die Mittel auf diesen Bedarf ausgerichtet sind, klar definieren. Die Mitgliedstaaten sollen geeignete Verfahren einführen, die gewährleisten, dass die Beihilfen tatsächlich zum Ziel der Maßnahme im entsprechenden Waldgebiet beitragen.

EuRH-Bericht:

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13\\_08/SR13\\_08\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_08/SR13_08_DE.pdf)

EuRH-Pressemitteilung:

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR13\\_08/INSR13\\_08\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR13_08/INSR13_08_DE.pdf)

## **KOMMISSION: FÜNF MITGLIEDSTAATEN ÜBERSCHREITEN MILCHQUOTE FÜR 2012/2013**

Wegen Überschreitung der Milchquote im Quotenjahr 2012/2013 müssen die fünf Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland, Dänemark, Polen und Zypern eine Superabgabe in Höhe von insgesamt rd. 46 Mio. € zahlen. Auf Deutschland entfallen rd. 7,23 Mio. € aufgrund einer Überlieferung um 25.962 t (0,1 %). Für die Niederlande fällt außerdem eine Strafzahlung von 301.000 € an, weil die Quote für Direktverkäufe um 1.100 t (1,4 %) überzogen wurde. Dabei ist die Überschreitung der Milchquote vor dem Hintergrund der im Health Check 2008 festgelegten jährlichen Quotenerhöhung um 1 % zu sehen. Bezogen auf die gesamte EU blieb die Milchlieferrung 6 % unter der Milchquote (Vorjahr: Unterlieferung um 4,7 %), in 13 Mitgliedstaaten mit mehr als 10 % sogar recht deutlich.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-895\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-895_de.htm)

Link zum Milchpaket:

[http://ec.europa.eu/agriculture/milk/milk-package/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/milk/milk-package/index_de.htm)



## KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM ÖKOLOGISCHEN LANDBAU

Am 19.09.2013 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse zur Konsultation über die EU-Politik zum ökologischen Landbau (EB 02/13). Zu der vom 15.01. - 10.04.2013 gelaufenen Konsultation waren insgesamt 45.000 Beiträge eingegangen. Danach vertrauen 71 % der Konsultationsteilnehmer Bioprodukten. Trotzdem fordern 58 % ein verbessertes Kontrollsystem, z. B. durch optimierte Kontrollen für importierte Ökoprodukte und Kontrollen auf allen Ebenen der Produktionskette. Eine große Mehrheit der Antwortenden fordert mehr Informationen über den ökologischen Landbau (94 %). Die Konsultationsergebnisse werden zur derzeitigen Überarbeitung des Rechtsrahmens für den ökologischen Landbau beitragen. Ein Legislativvorschlag zur Änderung der aktuellen Öko-Verordnung (834/2007) könnte im ersten Halbjahr 2014 folgen.

Zusammenfassung (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of\\_publication\\_executive\\_summary\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_publication_executive_summary_en.pdf)

Vollständiger Bericht (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of\\_public\\_consultation\\_final\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_public_consultation_final_report_en.pdf)

## EU UND FAO STELLEN 60 MIO. € ZUR ERFÜLLUNG DES MILLENNIUM-ENTWICKLUNGSZIELS „HUNGER“ BEREIT

Die EU und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) haben am 26.09.2013 ein Hilfspaket von ca. 60 Mio. € für Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Entwicklung in sechs Ländern (Burundi, Burkina Faso, Gambia, Madagaskar, Haiti und Mosambik) beschlossen. Mithilfe der Maßnahmen soll ein Beitrag zur Bekämpfung des Hungerproblems auf der Welt geleistet werden. Dafür stehen im Rahmen der Initiative der EU für raschere Fortschritte bei der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDG) insgesamt 1 Mrd. € zur Verfügung. Die MDG-Initiative zielt speziell auf die Unterstützung von Partnerschaften mit VN-Organisationen, Regierungen und der Zivilgesellschaft. Damit soll sichergestellt werden, dass wichtige Ziele, wie landwirtschaftliche Entwicklung und bessere Ernährung, erreicht werden. Die Förderung kommt Kleinbauern und ihren Familien zu Gute. „Ich finde es inakzeptabel, dass noch im 21. Jahrhundert rund 870 Mio. Menschen Hunger leiden und jährlich mehr als 3 Mio. Kinder an den Folgen von Unterernährung sterben. Diese Mittel sind Ausdruck unserer Entschlossenheit, verstärkt gegen den Hunger anzukämpfen und die MDG zu erreichen“, so Entwicklungskommissar *Andris Piebalgs*.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-880\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-880_de.htm)

## KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BLAUPAUSE FÜR DIE FORSTBASIERTE INDUSTRIE

Am 20.09.2013 veröffentlichte die Kommission, in Verbindung mit der neuen EU-Forststrategie, eine Blaupause für die forstbasierte Industrie in der EU. Darin werden Wege aufgezeigt, wie die Holzverarbeitende



und verwandte Industrie ihr Potenzial zur Förderung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum voll ausschöpfen kann. Dargestellt werden Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze für den weltweiten Wettbewerb, die Versorgung mit Rohstoffen, Ziele hinsichtlich Umweltschutz, erneuerbarer Energien und Klimapolitik, den Bedarf an Bildung, logistische Aspekte sowie die Alterung der Arbeitskräfte.

Blaupause:

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/\\_getdocument.cfm?doc\\_id=8129](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/_getdocument.cfm?doc_id=8129)

Information der Kommission:

<http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/>

### **REFIT – KOMMISSION STELLT PROGRAMM ZUR DEREGULIERUNG VOR**

Am 03.10.2013 hat die Kommission im Rahmen einer Mitteilung einen Programmvorschlag zur Verbesserung der Rechtsetzung bzw. zu Abbau und Vereinfachung von EU-Regelungen veröffentlicht (s. hierzu auch Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Die REFIT-Initiative (Regulatory Fitness and Performance) benennt hierfür u. a. neue Initiativen, die Kosten reduzieren und bestehende Regelungen konsolidieren sollen, Vorschriften, wie z. B. die Bodenschutz-Rahmenrichtlinie, die ggf. zurückgezogen sowie Bereiche, die einem sog. Fitness-Check unterzogen werden sollen. Die Kommission beabsichtigt, jährlich in einem sog. „REFIT Scoreboard“ über die Fortschritte zu berichten.

Mitteilungstext:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit_en.pdf)

Anhang:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit-annex\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit-annex_en.pdf)

### **GVO: EFSA LEHNT ANBAUVERBOTE VON MON810-MAIS IN ITALIEN UND LUXEMBURG ALS UNBEGRÜNDET AB**

Am 24.09.2013 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zwei Gutachten zum Verbot des Inverkehrbringens (Anbau und Vermarktung) der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 in Italien und Luxemburg veröffentlicht. Demnach gibt es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die es erlauben, unter Berufung auf Art. 34 der Verordnung 1829/2003 über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel ein Verbot als Sofortmaßnahme zu erlassen (s. Beitrag des StMUG in diesem EB).

EFSA-Gutachten zu dem Verbot Luxemburgs:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3372.pdf>

EFSA-Gutachten zu dem Verbot Italiens:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3371.pdf>



## STAATSMINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALORDNUNG, FAMILIE UND FRAUEN

---

### MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR SOZIALEN DIMENSION DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Die Europäische Kommission hat am 02.10.2013 ihre Mitteilung zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vorgestellt. Dabei geht es der Kommission darum, dass künftig in den vorhandenen wirtschaftlichen Steuerungsmechanismen und Politikinstrumenten die Beschäftigungs- und Sozialpolitik mehr Berücksichtigung finden. Dadurch will die Kommission insbesondere der zunehmend größer werdenden Kluft zwischen den Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und sozialen Bereich mit entsprechenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entgegenwirken. Der Vorschlag konzentriert sich auf folgende drei Bereiche: stärkere Überwachung von Herausforderungen im sozialen und Beschäftigungsbereich sowie stärkere Koordinierung der Sozial- und Beschäftigungspolitik, mehr Solidarität sowie Mobilität und verstärkter sozialer Dialog. Kern der Mitteilung ist die Einführung eines sog. „Scoreboards“ im Rahmen des Europäischen Semesters, um anhand von Schlüsselindikatoren im Bereich Beschäftigung und Soziales problematische Entwicklungen in diesen Bereichen frühzeitiger aufzudecken und diesen mit gezielten länderspezifischen Empfehlungen entgegenzutreten zu können.

Pressemitteilung:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-893\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-893_de.htm)

Mitteilungstext:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002\\_1-emu\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002_1-emu_en.pdf)

### MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR BEWERTUNG DER NATIONALEN REGLEMENTIERUNGEN DES BERUFSZUGANGS

Mit ihrer Mitteilung vom 02.10.2013 zur Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs beginnt die Kommission die Umsetzung von Art. 59 der überarbeiteten Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, über die in diesem Juni eine politische Einigung erzielt wurde, welche in der nächsten Plenumswoche des Europäischen Parlaments (EP) bestätigt werden soll. Entsprechend diesem Artikel werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, in einer ersten Phase ab November 2013 im Interesse größerer Transparenz eine Liste über ihre reglementierten Berufe aufzustellen. Auf dieser Grundlage plant die Kommission für März 2014 eine Europakarte der reglementierten Berufe. In einer zweiten (bis Mai 2014) und dritten Phase (bis Januar 2016) sollen die Mitgliedstaaten nacheinander für zwei Gruppen von Wirtschaftszweigen überprüfen, ob ihre Zugangsbeschränkungen zu Berufen notwendig und verhältnismäßig sind. Die Kommission wird Sitzungen organisieren, auf denen sich die Mitgliedstaaten über ihre Ergebnisse austauschen und sich gegenseitig evaluieren können. Daran anschließend soll jeder Mitgliedstaat einen nationalen Aktionsplan vorlegen, der darlegt, welche Maßnahmen eingeleitet wurden oder beabsichtigt sind.



Pressemitteilung:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-897\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-897_de.htm)

Mitteilungstext:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/qualifications/docs/policy\\_developments/131002\\_communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/policy_developments/131002_communication_de.pdf)

## **ABSTIMMUNG IM ENVI-AUSSCHUSS ZU MEDIZINPRODUKTEN UND IN-VITRO-DIAGNOSTIKA – MASSNAHMEN DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER SICHERHEIT VON MEDIZINPRODUKTEN**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 25.09.2013 Änderungsvorschläge zu den Verordnungsvorschlägen der Kommission über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika angenommen. Dabei fand sich eine große Mehrheit für stärkere Kontrollen für Medizinprodukte. Am Tag zuvor hatte die Kommission noch auf der Grundlage der derzeit geltenden Regelungen eine Durchführungsverordnung und eine Empfehlung vorgelegt, die Anforderungen an die Bestimmung und Überwachung von benannten Stellen bzw. Leitlinien für die Prüfungen von Medizinprodukten enthält (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130923IPR20607/html/Health-MEPs-call-for-strict-controls-on-medical-devices>

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-854\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-854_de.htm)

Text der Durchführungsverordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:253:0008:0019:DE:PDF>

Text der Empfehlung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:253:0027:0035:DE:PDF>

## **STUDIE VON EUROFOUND ZUR HÄUSLICHEN PFLEGE IN EUROPA**

Da die europäische Bevölkerung immer älter wird, nimmt die Zahl der pflegebedürftigen Erwachsenen zu. Gut ausgebildetes Personal fehlt häufig, die Fluktuation ist sehr hoch. Außerdem fehlen Anreize für junge Leute – vor allem Männer –, in diesen Bereich einzusteigen. Eurofound, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, hat zu diesem Thema die Studie „Mehr und bessere Arbeitsplätze in der häuslichen Pflege“ herausgebracht. Insgesamt 30 Fallstudien in zehn EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, wurden untersucht. Analysiert wurden erfolgreiche Initiativen – entweder zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen oder zur Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze mit dem Ziel, diese für Neueinsteiger attraktiver zu machen und vorhandene Arbeitskräfte im Beruf zu halten.

Details zur Studie:

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2013/531/de/1/EF13531DE.pdf>





## **JÜNGSTER QUARTALSBERICHT DER KOMMISSION BESTÄTIGT ANHALTENDES UNGLEICHGEWICHT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN**

Der am 02.10.2013 veröffentlichte Quartalsbericht der Kommission über die soziale Lage und Beschäftigungssituation in der EU bestätigt u. a. ein anhaltendes Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und sozialen Bereich. Außerdem benennt der Bericht als andauernde Arbeitsmarktprobleme trotz leichter wirtschaftlicher Erholung die nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit, die weiterhin zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sowie die steigende Armut in der EU.

Pressemitteilung:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-879\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-879_de.htm)

Bericht:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1974&furtherNews=yes>

### **ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMES IM AUGUST BEI 12 %**

Laut Eurostat, der Statistikbehörde der Europäischen Union, liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im August 2013 im Euroraum bei 12,0 %, stabil im Vergleich zum Vormonat. Die EU28-Staaten verzeichnen eine Arbeitslosenquote von 10,9 %.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-140\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-140_de.htm)

### **KOMMISSION LEGT BERICHT ZUM EU-HAUSHALTSSCHUTZ BIS ENDE 2012 VOR – FEHLERQUOTE BEI DEUTSCHER KOHÄSIONSPOLITIK GERING**

Die Kommission hat am 30.09.2013 ihren Bericht zum Schutz des EU-Haushalts bis Ende 2012 vorgelegt. Diesen hatte das EP im April dieses Jahres angefordert. Er gibt im Hinblick auf EU-Mittel einen Überblick über die legislativen Vorkehrungen zur Identifizierung und Aufklärung administrativer Fehler, Irregularitäten und Betrugsverdachtsfällen, die von der EU oder den Mitgliedstaaten aufgedeckt werden. Auch die haushaltsrelevanten Auswirkungen dieser Vorfälle sowie die jeweils mitgliedstaatliche Beteiligung werden dargelegt. Im Bereich Kohäsionspolitik (wie auch bei anderen Bereichen) wird deutlich, dass die mit Abstand höchste Quote von Finanzkorrekturen bei Spanien liegt; dies gilt sowohl für die absolute Anzahl der Korrekturen als auch für die im Hinblick auf den erhaltenen Zahlungsbetrag. Deutschland liegt in allen Bereichen am unteren Rand (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Mitteilung der Kommission (nur Englisch):

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/cont/dv/com\\_2013\\_682\\_2\\_/com\\_2013\\_682\\_2\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/cont/dv/com_2013_682_2_/com_2013_682_2_en.pdf)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### **KOMMISSIONSINITIATIVE „DIE BILDUNG ÖFFNEN“: INNOVATIVES LEHREN UND LERNEN DURCH DIGITALE TECHNOLOGIEN UND FREI NUTZBARE MATERIALIEN**

Mit der am 25.09.2013 veröffentlichten Kommissionsmitteilung „Die Bildung öffnen“ ist der offizielle Startschuss für eine bereits im November 2012 angekündigte Initiative zur Förderung des digitalen Lernens und Lehrens in der Union gefallen. In der Mitteilung entwickelt die Kommission eine umfassende europäische Agenda für die Förderung hochwertiger, innovativer Lehr- und Lehrmethoden in allen Bildungsbereichen mithilfe neuer Technologien und digitaler, frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien. Zur Umsetzung der Initiative werden zahlreiche Maßnahmen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die sich drei Hauptzielen zuordnen lassen: Die Schaffung offener Lernumgebungen als Innovationschance für Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Lernende, die Schaffung und Nutzung freier Lehr- und Lernmaterialien für eine bessere, effizientere und leicht zugänglichere Bildung sowie die Verbesserung der Voraussetzungen für eine ungehinderte Nutzung digitaler Technologien wie etwa der Ausbau der Infrastruktur und die Definition von Standards für die Interoperabilität und die Portabilität von Lehrmitteln. Als mögliche Finanzierungsquelle für die teilweise umfangreichen und potentiell vor allem für die Mitgliedstaaten kostenintensiven Vorschläge nennt die Kommission die EU-Förderprogramme „Erasmus+“ (für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport) und „Horizont 2020“ (für Forschung) sowie die europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Die Mitteilung wird von einem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen sowie von der neu eingerichteten Webseite „Open Education Europa“ zum Austausch freier Lehr- und Lernmaterialien begleitet.

Pressemitteilung der Kommission mit Link zur Mitteilung (derzeit nur in englischer Sprache abrufbar):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-859\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-859_de.htm)

Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (nur in englischer Sprache verfügbar):

[http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingswd\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingswd_en.pdf)

Webseite „Open Education Europa“:

[http://www.openeducationeuropa.eu/de/home\\_new](http://www.openeducationeuropa.eu/de/home_new)

### **KOMMISSION LÄUTET ÜBERPRÜFUNG DER NATIONALEN REGLEMENTIERUNGEN DES BERUFZUGANGS IN DEN MITGLIEDSTAATEN EIN**

Mit ihrer am 02.10.2013 veröffentlichten Mitteilung „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“ hat die Kommission einen ehrgeizigen Arbeitsplan für die Überprüfung der Reglementierungen für den Zugang zu Berufen in den Mitgliedstaaten vorgelegt. Sie setzt damit einen Auftrag der überarbeiteten Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Vorgriff auf deren offizielles Inkrafttreten Ende 2013 um; demgemäß hat jeder Mitgliedstaat seine Vorschriften über Berufsqualifikationen, die den Zugang zu Berufen oder Berufsbezeichnungen regeln, zu überprüfen und zu modernisieren. In einer



ersten Phase soll jeder Mitgliedstaat eine exakte Bestandsaufnahme aller reglementierten Berufe vornehmen und überprüfen, ob die Reglementierung gerechtfertigt ist. In einem nächsten Schritt soll eine breit angelegte gegenseitige Evaluierung zwischen allen Mitgliedstaaten stattfinden. Anschließend sollen die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne vorlegen, in denen für jeden reglementierten Beruf anzugeben ist, ob Reglementierungen für den Berufszugang beibehalten, geändert, ersetzt oder aufgehoben werden. Für Deutschland hat die Kommission bereits in ihrem Entwurf der länderspezifischen Empfehlungen 2013 (EB 10/13) Handlungsbedarf hinsichtlich ungerechtfertigter Beschränkungen beim Zugang zu bestimmten Berufen im Dienstleistungssektor festgestellt und in diesem Zusammenhang explizit den Meisterbrief oder eine gleichwertige Qualifikation als Voraussetzung für die Führung eines Betriebs in vielen Handwerksbranchen erwähnt.

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-897\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-897_de.htm)

Mitteilung „Bewertung der nationalen Reglementierungen des Berufszugangs“:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/qualifications/docs/policy\\_developments/131002\\_communication\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/docs/policy_developments/131002_communication_de.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST**

---

### **ERSTER FORTSCHRITTSBERICHT ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM**

Am 20.09.2013 hat die Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zur angestrebten Vollendung des Europäischen Forschungsraums (EFR) als Binnenmarkt für Forscher und Forschung bis 2014 vorgelegt (EB 14/12 und 03/11). Deutschland schneidet in der Kommissionsanalyse im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten insgesamt sehr gut ab. In der europaweiten Gesamtschau werden aber weiterhin bestehende Defizite bemängelt: U. a. sei eine Verbesserung der strategischen Abstimmung der verschiedenen Quellen nationaler und anderer Mittel auf EU-Ebene erforderlich. Nationale Forschungsprogramme seien noch besser abzustimmen, um gemeinsam vereinbarte strategische Forschungspläne umzusetzen. Die Mitgliedstaaten müssten sich in der Personalpolitik stärker koordinieren, sodass bei offenen Stellen im Forschungsbereich transparente und leistungsbezogene Einstellungsverfahren greifen. Hindernisse für den Zugang zu und die Portabilität von nationalen Finanzhilfen seien zu beseitigen. Insgesamt sei die europäische Forschungs- und Innovationslandschaft weiterhin fragmentiert.

Fortschrittsbericht 2013:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st13/st13812.de13.pdf>



## **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 26./27.09.2013: ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK**

Im Zentrum des Forschungsteils der Ratssitzung stand eine Orientierungsaussprache über den Stand der Dinge bei der Umsetzung der Kommissions-Leitinitiative Innovationsunion und bei der Schaffung des Europäischen Forschungsraums (EFR). Die Kommission stellte ihre Vorschläge für Gemeinsame Technologieinitiativen nach Artikel 187 AEUV vor, welche vom Rat grundsätzlich gebilligt wurden. Die Kommission präsentierte außerdem ihre Vorschläge über die Schaffung von drei öffentlich-öffentlichen Partnerschaften mit Mitgliedstaaten nach Artikel 185 AEUV zur gemeinsamen Durchführung von nationalen Forschungsprogrammen. Der Rat nahm die Vorschläge jeweils zustimmend zur Kenntnis. Ein Sachstandsbericht zum internationalen Forschungsreaktor ITER wurde vertagt.

## **KOMMISSIONSINITIATIVE „DIE BILDUNG ÖFFNEN“: INNOVATIVES LEHREN UND LERNEN DURCH DIGITALE TECHNOLOGIEN UND FREI NUTZBARE MATERIALIEN**

Mit der am 25.09.2013 veröffentlichten Kommissionsmitteilung „Die Bildung öffnen“ ist der offizielle Startschuss für eine bereits im November 2012 angekündigte Initiative zur Förderung des digitalen Lernens und Lehrens in der EU gefallen. In der Mitteilung entwickelt die Kommission eine umfassende europäische Agenda für die Förderung hochwertiger, innovativer Lehr- und Lernmethoden in allen Bildungsbereichen mithilfe neuer Technologien und digitaler, frei zugänglicher Lehr- und Lernmaterialien. Zur Umsetzung der Initiative werden zahlreiche Maßnahmen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten vorgeschlagen, die sich drei Hauptzielen zuordnen lassen: Die Schaffung offener Lernumgebungen als Innovationschance für Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Lernende, die Schaffung und Nutzung freier Lehr- und Lernmaterialien für eine bessere, effizientere und leicht zugänglichere Bildung sowie die Verbesserung der Voraussetzungen für eine ungehinderte Nutzung digitaler Technologien, wie etwa der Ausbau der Infrastruktur und die Definition von Standards für die Interoperabilität und die Portabilität von Lehrmitteln. Im Hochschulbereich zielt die Initiative insbesondere auf die bessere Nutzung der sog. „Massive Open Online Courses“ (MOOC), die der voraussichtlich in Zukunft deutlich wachsenden Anzahl an Studierenden in der EU entgegenkommen und einen flexiblen Zugang zu Hochschulbildung ermöglichen sollen. Als mögliche Finanzierungsquelle für die teilweise umfangreichen und potenziell v. a. für die Mitgliedstaaten kostenintensiven Vorschläge nennt die Kommission die EU-Förderprogramme „Erasmus+“ (für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport) und „Horizont 2020“ (für Forschung) sowie die europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Die Mitteilung wird von einem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen sowie von der neu eingerichteten Webseite „Open Education Europa“ zum Austausch freier Lehr- und Lernmaterialien begleitet (s. Beitrag des StMUK in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission mit Link zur Mitteilung (derzeit nur in englischer Sprache abrufbar):

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-859\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-859_de.htm)

Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (nur in englischer Sprache verfügbar):



[http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingswd\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingswd_en.pdf)

Webseite „Open Education Europa“:

[http://www.openeducationeuropa.eu/de/home\\_new](http://www.openeducationeuropa.eu/de/home_new)

## **EUROPÄISCHER FORSCHUNGSRAT VERGIBT „ADVANCED GRANTS“**

Am 26.09.2013 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) im Rahmen der Auslobung der „Advanced Grants“ insgesamt 660 Mio. € Fördermittel an 284 Spitzenforscher in den EU-Mitgliedstaaten vergeben. Ähnlich wie im vorangegangenen Jahr nehmen deutsche Forscher mit 41 erworbenen Grants den zweiten Platz hinter dem Vereinigten Königreich mit 65 Grants ein. Innerhalb Deutschlands können die bayerischen Universitäten mit 7 Grants ihren Spitzenplatz behaupten. Der ERC vergab dabei drei Grants an die Ludwig-Maximilians-Universität München, zwei an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg sowie je einen Grant an die Universität Regensburg und die Universität Passau. In dieser Förderrunde, die gleichzeitig die letzte unter dem 7. Forschungsrahmenprogramm ist, schneiden deutsche und bayerische Forscher jedoch im Vergleich schwächer ab als im Jahr zuvor. Von den außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhielten insgesamt 16 deutsche Institute einen Advanced Grant, darunter drei bayerische.

Pressemitteilung des ERC (in englischer Sprache):

[http://erc.europa.eu/sites/default/files/press\\_release/files/press\\_release\\_adg2013\\_results.pdf](http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/press_release_adg2013_results.pdf)

## **STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT**

---

### **REFIT – KOMMISSION STELLT PROGRAMM ZUR DEREGULIERUNG VOR**

Am 03.10.2013 hat die Kommission im Rahmen einer Mitteilung einen Programmvorschlag zur Verbesserung der Rechtsetzung und zum Abbau und zur Vereinfachung von EU-Regelungen veröffentlicht (s. hierzu auch den Beitrag unter Politische Schwerpunkte in diesem EB). Die REFIT-Initiative (Regulatory Fitness and Performance) benennt hierfür u. a. neue Initiativen, die Kosten reduzieren und bestehende Regelungen konsolidieren sollen, Vorschriften, wie z. B. die Bodenschutz-Rahmenrichtlinie, die ggf. zurückgezogen sowie Bereiche, die einem sog. Fitness-Check unterzogen werden sollen. Die Kommission beabsichtigt, jährlich in einem sog. „REFIT Scoreboard“ über die Fortschritte zu berichten.

Mitteilungstext:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit_en.pdf)

Anhang:

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit-annex\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/10/pdf/20131002-refit-annex_en.pdf)



## **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR UNTERSTÜTZUNG VON DEUTSCHLAND, ÖSTERREICH UND TSCHECHIEN NACH DER HOCHWASSERKATASTROPHE IM MAI/JUNI 2013**

Die Kommission hat am 03.10.2013 einen Vorschlag zur Anpassung des EU-Haushalts 2013 vorgelegt, um Deutschland, Österreich und Tschechien wegen der Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 aus dem EU-Solidaritätsfonds unterstützen zu können. Für Deutschland sollen mehr als 360 Mio. € bereitgestellt werden. Österreich und Tschechien sollen 21,6 Mio. € bzw. 15,9 Mio. € erhalten. Daneben wird Rumänien mit rd. 2,4 Mio. € bei der Bewältigung der durch Dürreschäden und Waldbrände im Sommer 2012 entstandenen Kosten unterstützt. Deutschland hatte am 24.07.2013 wegen der Hochwasserkatastrophe Hilfen aus dem Solidaritätsfonds beantragt. Der EU-Solidaritätsfonds dient der Unterstützung der von Naturkatastrophen betroffenen Mitgliedstaaten bei der Wiederherstellung wesentlicher Infrastruktur und der Erstattung von Kosten für Nothilfemaßnahmen, Rettungsaktionen und Aufräumarbeiten, sieht aber keine direkten Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger vor. Die Finanzhilfen müssen noch vom EP und vom Rat genehmigt werden (s. hierzu auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-907\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-907_de.htm)

## **KOMMISSION LEGT NEUE EU-FORSTSTRATEGIE VOR**

Am 20.09.2013 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „Eine neue EU-Forststrategie: für Wälder und den forstbasierten Sektor“. Danach bedecken Wälder (155 Mio. ha) und andere Holzflächen (21 Mio. ha) zusammen derzeit mehr als 42 % der EU-Landfläche (vergleichbar mit 184 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche). Sie seien eine Schlüsselressource zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, v. a. im ländlichen Raum sowie zum Schutz und zur Bereitstellung von Ökosystemleistungen. Gleichzeitig stelle Forstbiomasse die derzeit wichtigste Quelle erneuerbarer Energie dar, die rund die Hälfte des EU-Gesamtverbrauchs an erneuerbarer Energie abdecke. Um diese und andere Leistungen von Wäldern ausgewogen zu nutzen, müsse eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sichergestellt werden. Hierfür wird u. a. die Schaffung eines Waldinformationssystems und die Erhebung EU-weit harmonisierter Informationen über die Wälder gefordert (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Mitteilung der Kommission (EN):

[http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/communication\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/communication_en.pdf)

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-850\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-850_de.htm)

## **EUROPÄISCHE INNOVATIONSPARTNERSCHAFT STELLT ROHSTOFF-MASTERPLAN VOR**

Die Hochrangige Lenkungsgruppe der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) für Rohstoffe hat am 25.09.2013 einen „Strategischen Durchführungsplan“ angenommen, der als Leitfaden der europäischen



Rohstoffsicherung bis 2020 dienen soll. Der Plan soll Maßnahmen aufzeigen, mit denen die nachhaltige Versorgung der europäischen Wirtschaft mit Rohstoffen gesichert und ein Technologievorsprung in den Bereichen Exploration, Förderung, Recycling und Substitution von Rohstoffen erreicht werden soll (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung der Kommission:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-863\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-863_de.htm)

### **GVO: EFSA LEHNT ANBAUVERBOTE VON MON810-MAIS IN ITALIEN UND LUXEMBURG ALS UNBEGRÜNDET AB**

Am 24.09.2013 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zwei Gutachten zum Verbot des Inverkehrbringens (Anbau und Vermarktung) der gentechnisch veränderten Maissorte MON810 in Italien und Luxemburg veröffentlicht. Demnach gibt es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die es erlauben, unter Berufung auf Art. 34 der Verordnung 1829/2003 über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel ein Verbot als Sofortmaßnahme zu erlassen.

EFSA-Gutachten zu dem Verbot Luxemburgs:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3372.pdf>

EFSA-Gutachten zu dem Verbot Italiens:

<http://www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/doc/3371.pdf>

### **KONSULTATION ZUM AKTIONSPLAN FÜR UMWELTFREUNDLICHE KMU**

Die Kommission hat am 20.09.2013 eine Konsultation zum Thema „Aktionsplan für umweltfreundliche KMU gestartet“, die noch bis zum 12.12.2013 läuft. Interessierte Kreise und v. a. KMU sind aufgerufen mitzuteilen, welche Unterstützungsmaßnahmen für ressourceneffizientes Arbeiten und die internationale Vermarktung von grünen Produkten und Dienstleistungen besonders hilfreich wären. Die Ergebnisse sollen gemeinsam mit den Ergebnissen der 2012 veröffentlichten Studie „KMU, Ressourceneffizienz und Grüne Märkte“ in einen „Grünen Aktionsplan für KMU“ einfließen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Internetseite zur Konsultation (nur in englischer Sprache) mit Link zum Fragebogen (auch in deutscher Sprache erhältlich):

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation-green-action-plan/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/public-consultation-green-action-plan/index_en.htm)

### **EUGH-ENTSCHEIDUNG ZUM BEGRIFF DER FAMILIENLEISTUNG**

Der EuGH hat am 19.09.2013 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens (C-216/12 und C-217/12) festgestellt, dass eine Ausgleichszahlung für Elternurlaub wie nach Art. 306 bis 308 des luxemburgischen Code de la sécurité sociale eine Familienleistung im Sinne von Art. 1 Buchst. u Ziff. i und Art. 4 Abs.1 Buchst.



h der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71, der Vorgängerregelung zu der Verordnung Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ist.

EuGH-Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=141783&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=701060>

## **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUM ÖKOLOGISCHEN LANDBAU**

Am 19.09.2013 veröffentlichte die Kommission die Ergebnisse zur Konsultation über die EU-Politik zum ökologischen Landbau (EB 02/13). Zu der vom 15.01. - 10.04.2013 gelaufenen Konsultation waren insgesamt 45.000 Beiträge eingegangen. Danach vertrauen 71 % der Konsultationsteilnehmer Bioprodukten. Trotzdem fordern 58 % ein verbessertes Kontrollsystem, z. B. durch optimierte Kontrollen für importierte Ökoprodukte und Kontrollen auf allen Ebenen der Produktionskette. Eine große Mehrheit der Antwortenden fordert mehr Informationen über den ökologischen Landbau (94 %). Die Konsultationsergebnisse werden zur derzeitigen Überarbeitung des Rechtsrahmens für den ökologischen Landbau beitragen. Ein Legislativvorschlag zur Änderung der aktuellen Öko-Verordnung (834/2007) könnte im ersten Halbjahr 2014 folgen (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

Zusammenfassung (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of\\_publication\\_executive\\_summary\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_publication_executive_summary_en.pdf)

Vollständiger Bericht (in englischer Sprache):

[http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of\\_public\\_consultation\\_final\\_report\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/of_public_consultation_final_report_en.pdf)

## **ENVI-AUSSCHUSS STIMMTE FÜR DIE VERORDNUNGSVORSCHLÄGE ÜBER MEDIZINPRODUKTE UND IN-VITRO-DIAGNOSTIKA**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP hat am 25.09.2013 dem Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Medizinprodukte (RL 2001/83/EG) mit 52 Ja- und zwölf Nein-Stimmen sowie drei Enthaltungen und dem Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über In-Vitro-Diagnostika (RL 98/79/EG) mit 57 Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen zugestimmt. Künftig sollen demnach Medizinprodukte stärker kontrolliert werden.

## **KOMMISSION: MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SICHERHEIT VON MEDIZINPRODUKTEN**

Die Kommission hat am 24.09.2013 zwei Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Medizinprodukten angenommen. Die neuen Vorschriften bestehen in einer Durchführungsverordnung, die auf der aktuellen Richtlinie über Medizinprodukte (RL 2001/83/EG) basiert, und einer Empfehlung zu den Audits und Bewertungen, die von benannten Stellen im Bereich der Medizinprodukte durchgeführt werden. In der





Durchführungsverordnung werden u. a. die Kriterien dargelegt, die benannte Stellen, die für die Kontrolle von Medizinprodukteherstellern zuständig sind, erfüllen müssen.

Durchführungsverordnung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:253:0008:0019:DE:PDF>

Empfehlung der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:253:0027:0035:DE:PDF>

## IUK- UND MEDIENPOLITIK

---

### FRANKREICH WILL US-INTERNETKONZERNE STÄRKER ZUR KASSE BITTEN

Frankreich beabsichtigt, große US-Internetunternehmen wie Google, Amazon, Apple oder auch Facebook trotz Widerstandes gegen eine Internetsteuer auf nationaler Ebene international stärker zur Kasse zu bitten. So soll die französische Regierung die EU-Kommission aufgefordert haben, bis zum Frühjahr Vorschläge für die „Etablierung eines Besteuerungssystems für digitale Unternehmen“ auszuarbeiten sowie neue Verordnungen und Steuervorschriften diesbezüglich zu erlassen. Außerdem soll das Thema auf dem am 24. und 25.10. 2013 stattfindenden Herbstgipfel im Rahmen der Debatte zum digitalen Binnenmarkt zur Sprache kommen.

Bericht des Conseil national du numérique (CNN) über die Besteuerung des digitalen Wirtschaftssektors von September 2013:

<http://www.cnumerique.fr/wp-content/uploads/2013/09/RapportFiscaNum-webv2.pdf>

Agenda des Europäischen Rates im Oktober 2013:

<http://www.european-council.europa.eu/council-meetings?meeting=760391ff-5b52-4248-a076-5032044c6288&lang=de&type=EuropeanCouncil>

### INFORMELLER MEDIENMINISTERRAT IN WILNA: MITGLIEDSTAATEN GEGEN NEUE KOMPETENZEN FÜR DIE EU IM MEDIENRECHT

Beim informellen Treffen der Minister für Kultur und Medien in Wilna vom 01./02.10.2013 stand ein grundsätzlicher Austausch über die Sicherung der Medienfreiheit und der Meinungsvielfalt auf dem Programm. Konkreter Anlass waren zum einen der Bericht der Hochrangigen Expertengruppe (EB 03/13), zum anderen das Grünbuch zur Konvergenz der Medien (EB 07/13) und schließlich die neuesten Vorschläge der Kommission zur Errichtung eines Einheitlichen Europäischen Marktes für elektronische Kommunikation (EB 15/13) . Während die Kommissarin für die Digitale Agenda, Vizepräsidentin *Neelie Kroes*, in ihrem Eingangsstatement vor allem auf den Bericht der hochrangigen Gruppe einging und ausgehend von diesem ein verstärktes Engagement der Union zum Schutz der Pressefreiheit einforderte, erklärten (bis auf Portugal)



sämtliche wortnehmenden Mitgliedsstaaten, dass ein Bedarf für neue Instrumente auf EU-Ebene nicht gesehen werde.

### **KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME DES KABELNETZBETREIBERS KABEL DEUTSCHLAND DURCH VODAFONE**

Die EU-Kommission hat am 20.09.2013 die Übernahme des größten deutschen Kabelnetzbetreibers Kabel Deutschland Holding AG durch das britische Unternehmen Vodafone Group plc. nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt, da der am 16.08.2013 bei der Kommission angemeldete Zusammenschluss nach ihrer Ansicht keine wettbewerbswidrigen Auswirkungen habe. Dabei stellte die Kommission fest, dass sich die Geschäftstätigkeiten der beiden Unternehmen im Wesentlichen ergänzen und auf Märkten, auf denen sich die Tätigkeiten überschneiden, nur unwesentliche Marktanteilsgewinne bewirken. Denn Kabel Deutschland biete in erster Linie Kabelfernseh-, Festnetztelefonie- und Inernetzugangsdienste an, während Vodafones Hauptgeschäft Mobilfunkdienste seien.

Bestätigung des Antrags von Vodafone durch die Kommission in englischer Sprache:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2013:241:0026:0026:EN:PDF>

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AKTIONSPLAN ZUR FÖRDERUNG VON INNOVATION UND DIGITALEN KOMPETENZEN IN SCHULEN UND HOCHSCHULEN**

Die Kommission hat am 25.09.2013 eine Mitteilung zur Förderung von Innovation und digitalen Kompetenzen in Schulen und Hochschulen („Die Bildung öffnen“) vorgelegt. Um den Bildungssektor stärker für die digitale Welt zu öffnen, werden eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören z. B. die Ausstattung aller Schulen mit einer Breitbandverbindung und die Modernisierung der IKT-Ausstattung sowie die Schulung von Lehrenden und Lernenden im Umgang mit digitalen Medien. In der Mitteilung deutet die Kommission zudem an, u. U. eine Initiative zur Angleichung der Mehrwertsteuersätze für digitale und gedruckte Bücher zu ergreifen (s. hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

Memo der Kommission mit weiteren Informationen und einer Liste der 24 Maßnahmen der Initiative:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-813\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-813_de.htm)

Mitteilung der Kommission:

[http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/news/doc/openingcom_en.pdf)